

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis im Monat einschließlich Fringerlohn 1.50 Mk., bei Selbstabholung 1.40 Mk. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 4.50 Mk., für 1 Monat 1.50 Mk. (Bestellgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.). — Feldpost unter Kreuzband monatlich 1.50 Mk. — Volkshelikon Nr. 53 477. Volkshelikon Nr. 53 477.

Redaktion: Leipziger, Tauchaer Straße 19/21. Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig. Fernsprecher: 13603.

Inseratskosten die 7spaltige Zeile oder deren Raum 40 Pfg., bei Plagvorkauf 45 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. Auf alle Inserate 20% Feuerungszuschlag. — Der Preis für das Bellegen von Prospekten ist bei der Gesamtauflage 6.— Mk. jedes Tausend, bei Teilaufgabe 7.50 Mk. — Schluß der Annahme von Inseraten für die tägliche Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 19/21. Fernsprecher: 4506 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

## Eine Weiße Garde für Leipzig.

### Der erste Lebensmitteldampfer in Hamburg.

Brennshilf, 25. März. Der amerikanische Dampfer West Carnifax, der nach Danzig bestimmt war, hat Gegenorder bekommen. Er soll nach Hamburg fahren und dampft elbunwärts. Die Ladung besteht aus etwa 8000 Tonnen Mehl und 1000 bis 1500 Tonnen andrer Lebensmittel.

Berlin, 25. März. Nach dem Auktionsabendblatt traf der amerikanische Dampfer West Carnifax heute nachmittags 2 Uhr im Hamburger Hafen ein und legte am Kaiserin Augusta Viktorial Kai fest.

Berlin, 25. März. Der Dampfer West Banna mit ungefähr 7000 Tonnen feinem Weizenmehl an Bord wird, wie der amerikanische Lebensmittelkommissar Hoover durch die amerikanische Kommission in Spaa gestern mitteilen ließ, voraussichtlich am 27. März in Hamburg eintreffen. Die Ladung sei für die deutsche Regierung bestimmt. Zur selben Zeit sollen auch zwei Frachtschiffe mit Lebensmitteln für die Tschechen ankommen. Der Verkaufspreis des Weizenmehls werde, wie Hoover ferner mitteilen, für Deutschland ebenso hoch bemessen sein, wie der Preis, der den Tschecho-Slowaken in Anrechnung gebracht wird. Die baldige Bezahlung der Ladung in der im Brüsseler Abkommen vorgeschlagenen Weise werde erwartet. Die sofortige Uebergabe der Ware solle jedoch hierdurch nicht verhindert werden. Er wolle, wie Hoover erläutern ließ, mit einer zufriedensetzenden Beförderung der für die Tschechen bestimmten Sendungen schonungslos nach Prag. Wenn sich hierbei keine Schwierigkeiten ergeben, die deutschen Schiffe, sowie das Gold schnell geliefert würden, sollten weitere Sendungen nach Bremen und Stettin erwogen werden.

### Weitere Zufuhren.

Haag, 25. März. Der Dooger Berichterstatter des B. L. B. erzählt, daß laut Angabe der Northeren Mehl-Kommission heute oder morgen zwei Dampfer mit zusammen 8000 Tonnen Mehl von Rotterdam nach Hamburg abfahren werden.

Für die Lieferung von Lebensmitteln aus Holland kommen außer Kartoffeln noch getrocknete Kartoffeln, Hülsenfrüchte, Kondensmilch, gefalzene Schweine- und Hammelfleisch sowie Butter schon in nächster Zeit in Frage. Außerdem werden über Holland und Uebersee Lebensmittel, insbesondere Getreide und Dese, zu beziehen sein.

### Erweiterung des Fischereigebietes in der Nordsee.

Berlin, 25. März. Das für die deutsche Hochseefischerei in der Nordsee zugelassene Gebiet ist, wie der britische Vorstehende in Spaa am 24. 3 in einer Note mitteilte, erweitert worden. Die in Spaa vorgebrachten deutschen Wünsche sind jedoch damit noch nicht erfüllt. Fischerei wird insbesondere die Freilasse des Kattegat und Skagerrak gefordert, damit die deutschen Schiffer je nach der Jahreszeit die Küste der Dänische oder Nordsee anlaufen können. Weitere diesbezügliche Schritte werden von der deutschen Walfisch-Kommission unternommen werden.

### Ausfahrt.

Bremen, 25. März. Außer den Hansadampfern Sonnensfeld und Wellensfeld haben gestern, der Befreiung zufolge, folgende Dampfer derselben Gesellschaft den hiesigen Hafen verlassen: Altenfeld, Schwarzenfeld, Traunfeld, Falkensfeld. Die Schiffe gehen zunächst nach England.

### Ungarns Widerstand.

Die Nachrichten aus Ungarn zeigen die neue Regierung eifrig an der Arbeit, die Vorbedingungen für einen Widerstand von einiger Aussicht zu schaffen. Neben der Bildung einer roten Armee wird angestrebt, die Produktion im Gang zu halten. Das Volkskommissariat für soziale Produktion erließ eine Verordnung, wonach die Besitzer von Betrieben und Unternehmungen bei Strafe verpflichtet sind, ihre Betriebe in einem den Kosten- und Arbeitsverhältnissen entsprechenden Maße aufrechtzuerhalten.

Eine Verordnung verfügt die Aufstellung von revolutionären Gerichten. Die Entscheidung der Schuldfrage erfolgt in geheimer Abstimmung. Die Todesstrafe kann nur durch einstimmigen Beschluß des Vorsitzenden und der Mitglieder verhängt werden.

Der Volkskommissar für Justiz unterzieht die Strafen der Verurteilten einer den Grundrissen der Diktatur des Proletariats entsprechenden Durchsicht. Alle jene, deren weitere Gefangenschaft nach diesem Gesichtspunkt nicht begründet erscheint, sollen in Freiheit gesetzt werden.

Der am Dienstag verhaftete Graf Karolyi ist nicht der gewohnte Präsident der Republik, sondern sein Bruder, der eine der hervorragendsten Persönlichkeiten der Gegenrevolution ist. Die Karolyipartei hat am Dienstag ihre Auflösung beschlossen. Die Webner betonten unter lebhaftem Beifall die Notwendigkeit der Vereinigung aller Kräfte zur Unterfütterung des revolutionären Regierenden Rats bei der Erfüllung seiner großen Aufgaben. Auch die radikale Partei hat ihre Kandidatur beschlossen.

### Eine Rote Armee.

Budapest, 25. März. Der revolutionäre regierende Rat ordnet die Bildung einer aus der Revolutionsdisziplin bestehenden neuen Proletarierarmee der ungarischen Räterepublik, einer sogenannten Roten Armee, an, welche in erster Linie auf Anwerbung aus den Reihen der organisierten Arbeiterchaft und aus den gegenwärtig unter den Waffen stehenden Proletariatsoldaten beruht. Die Soldaten der Roten Armee erhalten Verpflegung, Bekleidung, Ausrüstung und monatlich 450 Kronen Gehalt und für jedes ihrer Familienmitglieder eine Familienzulage von 50 Kronen monatlich. Der oberste Leiter der Roten Armee ist der revolutionäre regierende Rat. Chargen- und Rangunterschiede gibt es in der Armee nicht, es gibt nur Befehlshaber und Soldaten. Die Befehlshaber werden vom Volkskommissar für Kriegswesen ernannt. Innerhalb der Roten Armee werden auch Arbeiter-Reservebattalione gebildet, Truppenkörper, deren Kommandanten ausschließlich den Reihen der Arbeiterchaft entnommen werden.

### Nur die Internationale kann helfen.

Budapest, 25. März. In seiner Ansprache bei der Verabschiedung der Mitglieder des früheren Kabinetts bemerkte Karolyi: Alles, was geschehen ist, sei nur die naturgemäße Entwicklung, die durch die Blindheit und Böswilligkeit der Entente beschleunigt worden sei. Er lebe ein Ungarn sei heute nur noch auf dem Wege über die Internationale zu retten. Jeder möge nach Kräften dazu beitragen, daß das Unternehmen des neuen Regimes gelinge, denn dies fordere das Interesse der ungarischen Masse.

### Die militärische Lage Rußlands.

Im Sozialdemokraten zu Stockholm gibt der norwegische Genosse Purkevald, der sich längere Zeit zum Zwecke der Information in Rußland aufgehalten, folgenden Bericht über Angaben, die ihm der Stellvertreter Trozki, der frühere Armeegeneral Siowin, gemacht hat:

Das wichtigste Resultat der Kämpfe der Roten Armee war der Sieg in der Donezgegend über die Armee Krasnow. Der Weg zu den reichen Steinkohlenfeldern im Donezgebiet und das Brennmaterial für die Industrie im Sowjetrußland ist dadurch gesichert. An der Uralfront wurde durch die Eroberung von Orenburg die Verbindung nach Turkestan wieder hergestellt. Der Rest der gemessenen Armee zieht sich bereits flüchtig zurück. In Turkestan sind Millionen Pud Baumwolle vorräthig die der russischen Textilindustrie jetzt zugeführt werden. England will ebenfalls von den Baumwollgebieten Turkestan Besitz ergreifen und trachtet, seine Macht durch die Aufstellung einer Armee von 50-60 000 Mann durchzusetzen. Türkische Truppen sind bereits in den Dienst der Engländer getreten. Antrachen ist aber von den Sowjettruppen erobert und Fortschritte sind in sicherer Aussicht. Die dritte Front ist die tschech-slowakische. Von den Tschecho-Slowaken sind die meisten Kriegswaffen und versunken auf der tschechischen Bahn nach ihrer Heimat zu gelangen. Die gemessene Armee unter Koltchal wurde bis nach Estland zurückgeschlagen, während Perm durch Verrätereien in die Hände der Tschecho-Slowaken fiel. An der Arkanekifront stehen nur Ententeoldaten, Franzosen, Engländer und Amerikaner. Sie wollen Rußland vom Weißen Meer abschneiden. An der fünften Front, der finnischen, steht Pannewerkin mit seinen Anhängern und marisch: genen Peterburg. In Estland ist die Lage der Sowjetoldaten am schlechtesten. Aber dort werden bald Verstärkungen eintreffen und die Lage zugunsten der Sowjetoldaten freinfließen.

Rußland hat jetzt seine Armeen auf eine Frontlinie von 12 000 Kilometer verteilt. Sie haben bis jetzt nicht weniger als 3 240 000 Quadratmeter zurückerobert.

### Beschleunigung des Friedensschlusses?

Paris, 24. März. (Ment.) Die Großmächte haben heute beschlossen, das Neuzerke zu tun, um den Vertrag innerhalb einer Woche fertig zu haben. Dieser Entschluß wird dem wachsenden Ernst der Lage zugeschrieben.

### Ein Blutbad im Ruhrrevier.

In Witten kam es am Montag vor dem Gebäude der Witterer Volkszeitung wegen eines in dem Blatte erschienenen Artikels zu Kundgebungen von Arbeitern aus Witten und Annen, wobei ein Polizeibeamter durch eine aus der Menge geworfene Handgranate tödlich verletzt wurde. Es entstand daraufhin ein allgemeines Handgemenge. 11 Personen wurden durch Schüsse und Handgranaten getötet, 32 verwundet. Davon gehören der Polizei an ein Toter und drei Verwundete.

### Die Bildung Weißer Garden in Sachsen.

#### Eine Besetzung Leipzigs durch Weiße Garden.

Der sächsische Kriegsminister Neuring hat den Ehrgeiz, es dem blutigen Mosk gleichzutun. Es ist ihm in Sachsen zu ruhig, er will deshalb auf alle Fälle blutige Zusammenstöße und Meutereien unter der Arbeiterchaft arrangieren. Zu diesem Zwecke sollen Freiwilligenverbände nach dem Muster der Moskischen Weißen Garden ins Leben gerufen werden, die ihre Tätigkeit namentlich in den Orten ausüben sollen, in denen die Arbeiterchaft geschlossen auf dem Boden der Revolution und des Sozialismus steht. In Pirna ist damit ein Anfang gemacht worden. Der Soldatenrat ist aufgelöst worden, die öffentliche Gewalt liegt in den Händen eines Freischarenkommandanten, eines Majors von Friesen, also eines Mannes aus einer der verpodtesten reaktionären Adelsfamilien Sachsens. Ein Friesen hat sich ja auch bei der blutigen Niederschlagung der sächsischen Revolution im Jahre 1849 hervorgetan. Heute löst ein Friesen im Auftrag einer „sozialistischen“ Regierung die revolutionären Organe der Arbeiterchaft auf.

Überall im Reich bilden die schlimmsten Heer- und Deutschnieder der Kriegszeit, die Stützen des alten Militarismus Freischaren zum „Grenzschutz“, der an den Zentren der Revolution ausgeübt wird. Die Militärkommandant Wilhelms II. arbeitet unter Benutzung Moskes und seiner Spießgesellen fieberhaft an der Schaffung eines neuen gegenrevolutionären Heeres. Die Ebert, Scheidemann, Moske führen Deutschland einer Militärdiktatur entgegen, die die Vorbereitung zur Wiedereinsetzung des alten Monarchismus und Militarismus sein wird.

Dasselbe Spiel soll nun auch in Sachsen beginnen. Die rechtssozialistische Regierung läßt durch die nationalistische Offiziersclique Weiße Garden bilden, angeblich zum Schutze der sächsischen Grenzen. Sie erlöst große Aufrufe, in denen vor der polnischen und tschechischen Gefahr gruselig gemacht werden soll. Die Tschechen stehen vor Schöna und die Polen 135 Kilometer von Bautzen — so heißt es in den Verberufen. Damit soll der Eindruck erweckt werden, als ob Sachsen eine militärische Invasion der Polen und Tschechen befürchten müsse.

In Wahrheit ist diese angebliche Gefahr ein großer Schwindel. In dem streng geheimen Nachrichtenmaterial des sächsischen Kriegsministeriums, das von den tonangebenden Offizieren im sächsischen Kriegsministerium bearbeitet wird, heißt es ausdrücklich, daß die soziale Revolution in Polen und Böhmen immer mehr an Boden gewinne, daß der polnische und tschechische Nationalismus zusammenbrechen müsse. In dieser Situation fängt man diesen Nationalismus durch die Bildung reaktionärer Freikorps in Sachsen, und gleichzeitig betrugt man die sächsische Arbeiterchaft auf das schamloseste.

Es war von jeher die Methode der Reaktion, die äußere Gefahr an die Wand zu malen, um den wahren Zweck der Kämpfe gegen den „inneren Feind“ zu verbergen. Dieselbe Methode wird jetzt angewandt von einer angeblich sozialistischen Regierung gegen die klassenbewußte Arbeiterchaft in Sachsen. Man redet von Polen und Tschechen, aber die klassenbewußten Arbeiter meinen nicht.

Auch Leipzig soll nach Berlin, nach dem Rheinland, nach Bremen, nach Halle an die Reihe kommen! In Leipzig soll ein Grenzschutzbattillon aufgestellt werden, in dem „unbedingteste Unterordnung“ unter die Führer, das heißt unter die gegenrevolutionären Offiziere herrschen soll. Will man etwa mit diesen „Grenzschützern“ Dresden gegen die Tschechen, Bautzen gegen die Polen verteidigen — in Leipzig?

Der Zweck ist offenbar. Die Rechtssozialisten sehen voll Furcht die Entwicklung der sächsischen Arbeiterchaft nach links. Der Streit in Leipzig, die Arbeiterratswahlen in Chemnitz haben ihnen gezeigt, daß die Entwicklung über sie hinweggeht. Sie wissen, daß das Sträuben der Rechtssozialisten in Dresden und in der Regierung gegen die Sozialisierung, die in Wahrheit nur radikale bürgerliche Politiker sind, erhebliche Unzufriedenheit in den Reihen der Arbeiterchaft in Dresden hervorgerufen hat. Sie suchen sich eine Nachorganisation zu schaffen, mit deren Hilfe sie sich in Besitz der Gewalt behaupten wollen, wenn die Flut des radikalen Sozialismus sie hinwegzuschwemmen droht. Aber sie fürchten sich, diese Nachorganisation zu bilden lediglich aus der Arbeiterchaft. Sie lassen durch Offiziere

Freiwillige werben. Söhne von Bauern und der Bourgeoisie, aktive Unteroffiziere, alle die Elemente, die ein Interesse an der Wiederherstellung des alten Regimes haben, werden zu diesen Formationen strömen. Diese Elemente dünken Keuring, Gradnauer und Genossen zuverlässiger als Arbeiter!

Diese Formationen aber wird die Bourgeoisie für sich benutzen. Sie werden gegen die revolutionäre Arbeiterschaft verwendet werden. Die Leipziger Bourgeoisie hat während des Generalkriegs nach den Bluthunden Rosses geschrien, weil sie nach dem Blute der Leipziger Arbeiter lechzte. Die Weiße Garde der sächsischen Regierung in Leipzig wird und soll eine Schutztruppe der Bourgeoisie gegen die Arbeiterschaft sein. Die gegenrevolutionären Elemente werden diese Weiße Garde anfüllen, Offiziere werden sie führen, nicht gegen Polen und Tschechen, sondern gegen Leipziger Arbeiter.

Das wagt man einer Arbeiterschaft zu bieten, die eben erst in einem unvergleichlichen Kampfe ihre Entschlossenheit und ihren Willen für den Sozialismus gegen die Gegenrevolution bekundet hat! In einem Augenblick, wo den Rechtssozialisten selbst bange wird vor der Diktatur der Offizierskamarilla, die sie gerufen haben, soll eine neue gegenrevolutionäre Organisation geschaffen werden — mitten in einer der Hochburgen der Revolution. Acht-hundert Eißlinge der Bourgeoisie sollen die Leipziger Arbeiterschaft niederhaken!

Die sächsische Regierung hat sich demaskiert. Sie ist die Handlangerin der Bourgeoisie. Sie will die Bourgeoisie bewaffnen, während sie die Arbeiterschaft entwaffnet. Einer ihrer gegenrevolutionären Vertrauensleute, ein Major von Singst, schreibt groß und fett über sein Werbeinserat: Gegen den Bolschewismus. Unter Bolschewisten versteht die Bourgeoisie die Sozialisten, die ihre Grundzüge nicht verraten. Gegen den Sozialismus zieht die sächsische Regierung Freischaren zusammen.

Das Treiben der Bourgeoisie, der Offizierskamarilla zeigt immer deutlicher, daß eine große endgültige Auseinandersetzung mit der Bourgeoisie unvermeidlich ist. Das Proletariat wird durch den Selbsthaltungstrieb dazu gezwungen, wenn es nicht seine Besten zu Hunderten, zu Tausenden abschlachten lassen will. Bei dieser Auseinandersetzung will die rechtssozialistische Regierung auf der Seite der Bourgeoisie stehen. Sie rüstet sich und die Bourgeoisie zum Kampfe gegen die sozialistische Arbeiterschaft. Sie provoziert durch ihre Weißen Garden die klassenbewußte sächsische Arbeiterschaft auf das äußerste.

Herr Keuring mag seine Weißen Garden ausgeben und sie vor allem von Leipzig fortlassen. Es gibt Dinge, die so provozierend wirken, daß der Ruhigste darüber die Besinnung verliert. Herr Keuring mag nicht etwa glauben, daß er so die Leipziger Messe fädelt. Im Gegenteil! Will er durchaus Blut fließen sehen? Wir warnen ihn. Die Entwicklung geht entschieden nach links, und die Arbeiterschaft des wahrhaft sozialistischen Deutschland wird einst die fürchtbar zur Rechenhaft ziehen, die sie an die Bourgeoisie verraten und vor die Geschütze und Maschinengewehre der Gegenrevolution liefern wollten.

### Zur Organisation der Gegenrevolution.

Man schreibt uns: Die Zeichen mehren sich, aber nicht nur in Berlin. In der Organisation der Gegenrevolution liegt System. Ich hatte letzte Woche Gelegenheit, durch die sibirischen Wald-dörfer oberhalb Jegenrück zu kommen. Dort erfuhr ich, daß dem C. W. Schulgen in Aitenhausen eine Anzahl Gewehre zur Bewaffnung der Einwohner zugestellt worden sind. Wachpostenposten sollen folgen. Der Grund soll die angebliche Keuring eines Arbeitertraumliedes in Jegenrück sein: „Wenn uns die Bauern auf unsern Bitten nichts herausgeben, dann müssen wir es uns holen.“

Ueber die Spartalistenbewegung laufen die hahnnebelnsten Unsinnigkeiten um. Mit Vorliebe wird das Gerücht kolportiert, die Spartalisten zögen durchs Land, um Freiwillige zu werben. 20 Mk. Tagelohn versprechen sie und gute Verpflegung. Daß sie den Bauern alles wegnehmen werden, nicht nur Lebensmittel, sondern auch alles Saatgut nebst Aeltern und Wäsche, versteht sich. Bemerkenswert ist es auch, daß der Herr Marxer am Sonntag ein Loblied sang auf die Hohenzollern und unsern guten Wilhelm II. im besonderen. Seitdem der Kaiser fortgelassen worden ist, herrscht Unordnung im Lande; das gemeine niedere Volk will herrschen und ist dazu nicht berufen!

Nun ist der Landstreich dort arm und die Bevölkerung reichlich freisch, aber wie sieht es in den sogenannten schwarzen Winkeln aus? Das eine ist sicher, die Gegenrevolution ist am Werke, eine „Kendee“ zu organisieren. Unsere Genossen müssen allerorts die Augen offen halten. Mit Sägen und Krupelloser Verdrehung der Dinge wird gearbeitet. Das Feuer ist angezündet, jetzt wird fleißig geheizt, die bevorstehenden Hungermonate mit ihren Entbehrungen der weitesten Kreise der Bevölkerung sollen den Revolutionären die Kohlen liefern, die „Herren“ glauben, die Zeit ist gekommen, ihre Suppe zu lachen. An uns liegt es, allerorts fest zuzuarbeiten und dort, wo wir die Macht noch haben, den Griff nicht zu lockern, sondern die Hand entschlossen zur Faust zu ballen.

### Die Sozialisierung in Bayern.

München, 25. März. Die Korrespondenz Hoffmann meldet: Die bayerische Regierung hat Kraft der ihr vom Volke übertragenen Gewalt die Sozialisierung Bayerns nach den Grundzügen des Entwurfs Arnolds-Neurath-Schramm in Angriff genommen. Sie hat, nachdem der Sozialisierungsausschuß des Landtags auf Grund der Darlegungen Dr. Otto Neuraths einstimmig die Pläne nach längerer Aussprache gebilligt hat, im Einklang mit dem einstimmig geäußerten Wunsche des Zentralrats, die sofortige Aufstellung eines Zentralwirtschaftsamts verfügt und für die Leitung dieses Amtes Dr. Otto Neurath in Aussicht genommen, der zur Vorbereitung und Verwirklichung des Sozialismus, Kommunismus und Sozialismus mit außerordentlichen Vollmachten ausgestattet wird.

### Ein Symptom.

Im Nationalversammlungsausschuß für soziale Angelegenheiten ist es am Dienstag zu einem bemerkenswerten Zusammenstoß gekommen. Die Nationalversammlung hat bekanntlich ein Gesetz beschlossen, wonach die Bestimmungen, die die Reichsregierung seit der Revolution erlassen hat, nur dann weiter in Geltung bleiben sollen, wenn die Nationalversammlung sie bestätigt. Diese Bestätigung möchte nun die bürgerliche Mehrheit des Ausschusses für soziale Angelegenheiten ausgerechnet der Verordnung des Reichsarbeitsamts verlangen, wodurch die arbeitereigenen Bestimmungen der Reichsversicherungsdarstellung aufgehoben wurden, die die Krankenkassenvertreiter in der freien Wahl der Krankenkassen-Vorsitzenden behindern. Die Reichsversicherungsdarstellung sieht

bekanntlich vor, daß die Arbeitervertreter, die die Mehrheit des Krankenkassenrats bilden, von ihrer Stimmenmehrheit nicht Gebrauch machen können, da der Vorsitzende nur im Einvernehmen mit der Mehrheit der Unternehmervertreter gewählt werden darf. Es war selbstverständlich, daß diese Ausnahme gegen die Arbeiter mit der Revolution fallen mußte. Und es ist äußerst bezeichnend für den „Reisepelt“, in den sich die Rechtssozialisten bei ihren Verbindeten, den Demokraten und dem Zentrum zu verheben gewußt haben, daß diese Parteien es wagen, gegen eine so selbstverständliche Verletzung des gleichen Rechts Front zu machen. Arbeitsminister Bauer mußte, da er sich über die Wirkung einer Aufhebung seiner Verordnung auf die Arbeiter nicht im unklaren sein konnte, mit dem Rücktritt drohen. Ob er dabei beharren wird, und ob die Bürgerlichen sich dadurch von ihrem Vorhaben abdrängen lassen werden, steht noch dahin. Die Herrschaften scheinen nicht über Lust zu haben, den Arbeitern die Fortdauer des gegen sie gerichteten Ausnahmeregimes in den Krankenkassen auszuweichen. Die Rechtssozialisten haben es glücklicherweise gebracht, daß die bürgerlichen Parteien glauben, eine derartige herausfordernde Verneinung des gleichen Rechts für die Arbeiter im fünften Monat der Revolution wagen zu können. Ein Symptom, das eine sehr ernste Bedeutung hat!

### Kleine Anfragen und Mittelstandsressererei.

Weimar, 25. März 1919.

Zur Wiedereröffnung der Nationalversammlung wurden heute nicht weniger als 15 Einakter, meist vor leerem Hause, gespielt. Die Empfindung ist jetzt so ziemlich bei allen Abgeordneten vorhanden, daß die Nationalversammlung nur ein Theater und noch dazu ein sehr schlechtes ist. Es gelingt den Gegenrevolutionären dort nicht einmal, so etwas wie eine wirkungsvolle Enttäuschungsrede aufzuführen; das letzte sich heute bei den verschiedenen Anfragen, wozu die Exzente und gegen die revolutionäre Arbeiterschaft in Deutschland gehetzt werden sollte. In eindringlicher und gleichgültiger Weise wurden ein paar von den rechtsstehenden Parteien des Hauses eingebrachte Anfragen erledigt.

Bei den Fragen der Genossen Runert und Haase jedoch gab es Aufregung und Empörung bis in die Reihen der bürgerlichen Abgeordneten hinein. Genosse Runert fragte wegen der Aufhebung des Besetzungsauftrages, der über den Sächsischen Kreis verhängt ist, und brachte dabei die Gewalttaten der Kossaken Garden zur Sprache, Genosse Haase die Anbelagerung der Presse und die jeder geistlichen und rechtlichen Grundlage entbehrenden Schließung des Reichs in Berlin. Die Regierung scheint von Stufe zu Stufe zu sinken. Statt daß einer der Regierungsmänner selbst die Antwort gegeben hätte, und wäre es auch nur eine Verlegenheitsantwort geworden, schickte sie einen Herrn Major v. Gilla vor, der nun in geradezu frech-schamobrigger Weise auftrat. Selbstverständlich konnte eine entsprechende Erwiderung unserer Genossen auf dieses Auftreten nicht ausbleiben. Genosse Haase leuchtete dem Herrn ordentlich beim und betonte, daß das Schicksal der Regierung auf die bestimmte Frage als Schuldbestimmend zu vermerken sei. Wie stark die Empörung über das Auftreten dieses Majors war, geht daraus hervor, daß sogar bürgerliche Abgeordnete meinten, eine solche Behandlung von Abgeordneten sei selbst im alten Reichstag völlig unangehörig gewesen. Freilich hatte der Herr Major eine Sache zu vertreten, die nicht zu vertreten ist. Denn wie soll er seine Regierung in einer Sache herausstreifen, die sie selbst nicht zu führen vermag. So mußte er wegen des Zeitungsverbots die kennzeichnende Bemerkung, es habe erlassen werden müssen, weil die Freiheit und die Rede nicht mehr da ist.

Diesem ernsten und etwas aufregenden Akt folgte eine solche lächerliche Possen, wie sie bei keinen Anfragen wohl noch nicht erlebt worden ist. Der Konervative Philipp aus Borna nahm sich der bedrängten Leipziger Bourgeoisie an, indem er in zwei Anfragen wissen wollte, was die Regierung unternehme, um Gewerke, die sich noch in den Händen der Leipziger Arbeiterbevölkerung befinden, in militärischer Sicherheit zu bringen, damit die reichen Leipziger Bürger wieder ruhig schlafen können, und was sie wegen der 400 000-Mark-Affäre zu tun gedente; ob die Erpresser bestraft würden. Wie ein Schulbube stand Herr Philipp da und las mit abgerundeter und verlegen klingender Stimme seine Anfragen vor. Die Antwort war sehr oraltastisch und bescheiden. Die sächsische Regierung will alles tun, um die Gewerke in ihre Macht zu bekommen, falls noch solche in den Händen der Bevölkerung seien. Was die zweite Frage anlangt, so erwäge sie noch, was zu tun sei. Nach dieser Antwort mußte sich Herr Philipp schleunigst wieder auf sein Ständchen legen, und er war auch offenbar froh, daß er es tun konnte, denn sein erstes Auftreten in der Nationalversammlung brachte ihm keine Lorbeeren. Es sollte so etwas wie eine Enttäuschung gegen die revolutionäre Arbeiterschaft Leipzigs werden und dabei wurde es nur ein lächerliches Verlegenheitsereignis. Wenn die sächsische Regierung nicht von allen Dingen verlassen ist, so läßt sie ihre Finger von der 400 000-Mark-Affäre weg, denn sie könnte auch nicht besser abschneiden als die bürgerlichen Parteien und der Rat in der Leipziger Stadtverordnetenversammlung. Die bürgerlichen Leipziger Vertreter haben offenbar den Verstand verloren, denn sie, die doch die nächsten dazu gewesen wären, haben die samolnen Anfragen einzubringen dem Herrn Philipp überlassen, der damit auch prompt hineingefallen ist.

Den kleinen Anfragen folgte eine Unterhaltung über die Mittelstandsressererei, deren Hauptlasten von einem Drechner und bayrischen Mittelstandsvertreter getragen wurden. Freilich, auf eine Anhörerschaft mußten sie verzichten, denn es war kaum ein Dutzend Abgeordneter im Saal.

Morgen soll schon die Haushaltsänderung beginnen.

### Nationalversammlung.

Sitzung vom Dienstag, dem 25. März 1919.

Präsident Behrensbaach eröffnet die Sitzung gegen 1/4 Uhr. Tagesordnung: Anfragen.

Abg. Dr. Rieker (Dtsch. Vpl.) führt Beschwerde über Verewaltung deutscher Zeitungen in der Pfalz durch die französischen Besatzungstruppen.

Regierungskommissar Dr. Dümmer: Die Presse der Pfalz wird fortgesetzt schmähdlich geknechtet und vergewaltigt, um die Bewohner der Pfalz dem Reiche zu entfremden. Die Regierung verpflichtet aber keinen Augenblick an der Reichstreue der Pfälzer.

Bayrischer Ministerialdirektor Dr. Wolff schlägt sich namens der bayrischen Regierung dieser Erklärung an.

Abg. Fall (Dem.) beschwert sich über ungenügende Versorgung der Rheinlande mit Brotgetreide, Wehl und Fett und verlangt sofortige und dauernde Abhilfe.

Unterstaatssekretär Freiherr v. Braun: Die besetzten Gebiete sind trotz aller bestehenden Schwierigkeiten keineswegs schlechter versorgt worden als das übrige Deutschland. Mangelnde Kundgebungen in den besetzten Gebieten über die schlechte Versorgung sind daher unbegründet. Sie werden von den Besatzungstruppen veranlaßt und unterstützt und dienen offensichtlich politischen Zwecken. Von dem gebundenen Sinn der Bevölkerung darf erwartet werden, daß dies erkannt wird.

Abg. Runert (U. Soz.) behauptet, daß die Truppen des Generals Würker in Halle Unmenslichkeiten und Ausschreitungen begangen hätten.

Major v. Gilla sagt energisches Einschreiten gegen etwaige Schuldige zu.

Abg. Haase (U. Soz.) fragt nach den gesetzlichen Grundlagen des Erlasses des Reichswehrministers über das Standrecht, worauf

Major Gilla erklärt, daß dieser Erlass wieder aufgehoben worden sei.

Abg. Haase fragt nach den Gründen des Verbots der Zeitungen Freiheit und Republik.

Major Gilla: Die Zeitungen hatten in dem angeführten lischer Weise auf die ohnehin erregte Stimmung der Berliner Bevölkerung eingewirkt und wurden daher verboten.

Nach Erledigung einiger weiterer Anfragen folgten die Interpellation Gröber (Zentr.) v. Payer (Demokrat) und Genossen betreffend Maßnahmen für die mittleren und kleineren Gewerbe- und Handelsbetriebe, sowie die Interpellation Arnstadt (Deutschnational) und Genossen betreffend Wiederaufbau der während des Krieges stillgelegten oder geschädigten Betriebe.

Abg. Gehlich (Deutschnational) begründet die Interpellation Arnstadt: Wenn wir unser wirtschaftliches Leben wieder aufrichten wollen, so müssen wir vor allen Dingen die kleineren und mittleren Betriebe wieder in den Sattel heben. Dazu gehört die Einräumung ausreichender Kredite, die Beschaffung von Rohstoffen und die Förderung des Genossenschaftswesens. Freilich, was nützen alle diese Maßnahmen, wenn die Regierung drauf und dran ist, durch Sozialisierungsexperimente die selbständigen Betriebe zu zertrümmern. In allen den Mittelstand betreffenden Fragen müssen die zuständigen Anzeigen geübt werden. Von der Regierung wird die Gemeinwirtschaft in einer Weise propagiert, die den Untergang der selbständigen Kreise des Mittelstands bedeutet. Im Ausland tut man das gerade Gegenteil und schmugelt über den Sozialisierungsstaumel, der letzten Endes Deutschland völlig vom Weltmarkt ausschalten wird.

Zur Beantwortung der Interpellation Gröber erklärt Abg. Tri (Zentrum): Durch die Revolution und die Sozialisierungs-experimente haben sich die Aussichten für Handwerk und Gewerbe verschlechtert. Für das Handwerk ist die Zuteilung von Rohstoffen besonders notwendig. Dem Reichswirtschafts- und Reichsarbeitamt müssen besondere Stellen mit dem nötigen Einfluß zugestanden werden, um den Bedürfnissen von Handwerk und Kleinindustrie Rechnung zu tragen. Das selbständige Handwerk darf nicht länger von der Regierung als Kassenbrädel behandelt werden. Vor allem muß dem Handwerk und dem Kleinergewerbe die Kreditbeschaffung erleichtert werden durch staatliche Förderung der Kreditgenossenschaften.

In Beantwortung der Interpellation erklärte Reichswirtschaftsminister Wille: Die Wirkungen des Krieges greifen tief in unser Wirtschaftsleben ein und ist es unmöglich, den Zustand vor 1914 wieder herzustellen und jeden einzelnen Betrieb in seine frühere Wirtschaftsgestaltung wieder einzufügen. Das Reich, die Gliedstaaten und die Gemeinden haben durch schreckliche Aufträge Industrie und Handwerk über den toten Punkt hinwegzubringen versucht. Die preussische Eisenbahnverwaltung hat Aufträge von rund zwei Milliarden Mark vergeben, die Reichsverwaltung im Werte von einer Milliarden-Marke. Im Reichswirtschaftsministerium wurden Pläne erwogen, mit einem Fonds von mehreren Milliarden im größten Maß Aufträge an das deutsche Wirtschaftsleben zu geben, und zwar auch für solche Zwecke, für die das Reich selbst keinen Bedarf hat. Aber leider hat die außerordentlich gespannte Finanzlage des Reichs diesen Gedanken nicht im vollen Umfange verwirklichen lassen; doch ist in dem Demobilisierungsausschuß eine Hilfsklasse für gewerbliche Unternehmungen errichtet worden mit 200 Millionen Mark. Das Handwerk ist davon nicht ausgeschlossen. Es kann durch seine Organisationen diese Hilfe auch in Anspruch nehmen. Für die Bekleidung des Handwerks mit Rohstoffen und Betriebsmitteln ist gesorgt. Hierbei wird das organisierte Handwerk selbst mitwirken. Der Großhandel wird auch nach dem Friedensschluß mit Bekleidungsgegenständen rechnen müssen. Der derzeitigen Notlage zahlreicher Kleinverwerbetreibender und Handwerker abzuhelfen, ist außerordentlich schwer, solange nicht die Güterverknappung wesentlich gelindert werden kann. Nur wenn wir aus der Resignation erwachen, werden wir tatkräftig unser Schicksal in die Hand nehmen können.

Abg. Brühne (Soz.): Viele Tausende Kleinverwerbetreibender, die aus dem Kriege zurückgekehrt sind, stehen vor den Trümmern ihrer Existenz. Wir wollen alles tun, um ihnen zu helfen. Es wird ja geradezu barmherzig, bis sich wieder junge Leute zur Wehre melden werden. Bei den bevorstehenden Wahlen muß das Handwerk möglichst geschützt werden.

Das Haus verläßt die Weiterberatung Johann auf Mittwoch, 3 Uhr nachmittags. (Außerdem Wahlprüfungen und kleinere Vorträge.)

### Sächsische Volkshammer.

15. Sitzung. Dresden, 25. März.

Die Stellungnahme der Parteien zum Regierungsprogramm.

2. Tag.

Die Debatte eröffnet heute

Abg. Blüher (Deutsche Sp.): Seine politischen Freunde begrüßen die Einrichtung einer Staatskanzlei als Verwirklichung des Kabinettsprinzips. Bedauerlicherweise sei Sachsen auf der Friedenskonferenz nur durch einen einzigen Sachverständigen vertreten, während die Textilindustrie ohne jede Vertretung geblieben sei. Nachdem Sachsen auf das Gesundheitsrecht verzichtet habe, müßte es wenigstens geeignete Sachverständige auf wirtschaftlichem Gebiet zu den Auslandsvertretungen des Reichs entsenden. Die ungeschickteste harte Finanzpolitik der Einkommensteuer durch das Reich mache es den Einzelstaaten fast unmöglich, ihre Aufgaben zu erfüllen. Zur Frage der Sozialisierung sagt Blüher, daß zweifellos unserm Wirtschaftlichen Mangel angeheilt haben, daraus sei aber doch noch nicht die Unveränderlichkeit herzuleiten.

Die Bildung der Regierung sei nicht nach demokratischen Grundsätzen erfolgt. Seine Freunde hätten für Dr. Gradnauer bestimmt, um der neuen Regierung bei der Schaffung von Ruhe und Ordnung und der Wiederherstellung des Wirtschaftslebens zu helfen. Man denke doch an Weimar, wo Mehrheitssozialisten, Zentrum und Demokraten sich zur Bildung der Reichsregierung zusammengefunden hätten. (Zuruf des Abg. Nischke: Das war Kuhhandel!) Von den bürgerlichen denke niemand an Gegenrevolution. Niemand bestreite die Gefahr, daß das Rad der Geschichte noch weiter nach links gehe (Zwischenrufe bei den Nischke), auch über Sie — zur äußersten Linken — hinaus. Die Mehrheitssozialisten sollten deshalb aber auch einsehen, daß das Fortwähren des Klassenkampfes keinen Sinn und Zweck mehr hat.

Ministerpräsident Dr. Gradnauer: Die Regierung bemühe sich schon seit Monaten, eine Vertretung der wirtschaftlichen Interessen Sachsens bei der Reichsregierung in möglichst umfassendem Maße zu erreichen, sie dringe darauf, daß sächsische Sachverständige den Auslandsvertretungen des Reichs beigegeben werden. Die sächsische Regierung habe auch den dringenden Wunsch, bei den Friedensverhandlungen hinzugezogen zu werden. Sie sei durchaus nicht angenehm berührt von der von der Reichsregierung getroffenen Auswahl der Friedensvertreter. Sie bemühe sich noch, zu erreichen, daß ein Vertreter der sächsischen Textilindustrie und auch ein solcher der sächsischen Arbeiterschaft hinzugezogen werde. (Pravos)

Abg. Kraft (Demokrat) behandelt eingehend das Gebiet der Volksgesundheit und tritt dabei insbesondere für eine vernünftige Wohnungs- und Verkehrspolitik, für eine Übernahme der Schul-lasten auf den Staat, für eine energische Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten und sonstigen Volksleiden und für eine Vereinfachung des Krankenkassenwesens ein.

Abg. Meißner (Unabh. Soz.):

Ueber Berlin sei zur Zeit der Besetzungsaufstand verhängt. Oeffentliche Versammlungen sind dort verboten. Selbst in geschlossene Reichstagsversammlungen wurden Posttruppen geschickt, um sie zu sprengen. Trotzdem habe am Sonntag in Berlin eine große Demonstration stattgefunden. Außerdem habe es in Deutschland gegenwärtig zweierlei Rechte, ein Recht für die Arbeiter und ein solches für die Bürgerlichen. Die Demonstration am Sonntag in Berlin sei nicht von den bürgerlichen veranlaßt gewesen und war ganz eigener Art. Unter dem Deckmantel eines Protests gegen den von der Exzente beabsichtigten Gewaltfrieden habe man ganz offensichtlich eine Demonstration für eine Gegenrevolution veranstaltet. Auch Sudendorff sei am Sonntag in Berlin auf der Bildfläche erschienen, das Publikum habe Schreie auf ihn ausgebracht und es sei heiß für im Siegertraum

gesungen worden. Diese Veranstaltung sei unterstützt worden auch von den Organen der jetzigen Regierung.

Die Revolution habe der Arbeiterschaft zwar vieles gebracht, aber doch bei weitem noch nicht alles. Der politischen Revolution müsse die soziale folgen, die Umwälzung der wirtschaftlichen Verhältnisse müsse kommen. Die Arbeiter brauchen und wollen neben der politischen Freiheit die wirtschaftliche Unabhängigkeit. Die Arbeiter würden sich deshalb nicht eher zufriedengeben können, als bis dieser Zustand erreicht bzw. der erste Schritt dazu vorhanden sei, diesen Zustand herbeizuführen. Alles komme darauf an, ob die Arbeiterschaft von ihrer politischen Macht Gebrauch machen werde. Einem großen Teil der Arbeiterschaft fehle dieses Bewußtsein noch zu sehr. Es wäre ein Verhängnis für die Arbeiterschaft, wenn sie die gegenwärtige Situation nicht auszunutzen verstände. Aus diesem Grunde treten wir dafür ein, daß die Arbeiterschaft unbedingt beschaffen werden. Daß sich die Arbeiterschaft nicht auf die Parliamente verlassen dürfe, beruhe die Nationalversammlung in Weimar. Kämpfe werde es auch weiter geben. Selbst die wohlwollendsten bürgerlichen Politiker vermöchten sich nicht von den Privilegien ihrer Klasse zu trennen.

Wenn wir den Weltfrieden haben wollen, so müsse nicht nur in Deutschland, sondern in allen Ländern die Voraussetzung zum Ausbruch neuer Kriege in allen Ländern beseitigt werden. An Stelle der kapitalistischen, imperialistischen Wirtschaft müsse die sozialistische treten. Da müssen alle Proteste gegen das Vorhaben der Entente, Deutschland einen Alliertrien auszuwerfen, nicht, sie scheiterten an den realen Machtverhältnissen. Sie zu beseitigen, gelte es deshalb. Wo seien denn die Proteste geblieben, als durch den Frieden von Brest-Litowsk das russische Volk in gleicher Weise verunglückt wurde. Die Unterwerfungslinien, die mit Rußland in ein gutes Vertragsverhältnis zu setzen, rufe ich sehr bitter. Der Entente sei damit nur ein Vorwand gegeben für ihr jetziges Verhalten gegenüber Deutschland. Das Proletariat aller Länder werde, durch die Verhältnisse gezwungen, dazu kommen, das erlösende Wort zu sprechen. Deshalb müsse sich auch die deutsche Arbeiterschaft nach dem Osten orientieren, in der Überzeugung, daß der Weltimperialismus durch die unbedingte Solidarität der revolutionären Arbeiterschaft aller Länder erlegt werden muß, der einzige Weg, der Erfolg verspreche. Die deutsche Arbeiterschaft müsse den Boden für die nächsten großen Geschehnisse vorbereiten.

Der Redner legt im Laufe seiner weiteren Ausführungen den Standpunkt in der Sozialisierungsfrage dar und betont dabei die Wichtigkeit von der Abhängigkeit des sozialistischen Wirtschaftsaufbaus durch die sozialistische Wirtschaftsordnung. Die Befreiung des Ausbeutungssystems werde auch bei der Arbeiterschaft die Lust zur Arbeit zurückzuführen lassen. Seine Freunde seien bereit, die Regierung, wenn sie die Sozialisierung energisch vorwärts treibe, mit allen Kräften zu unterstützen, gehe sie aber andere Wege oder lasse sie sich auf laune Kompromisse mit den Bürgerlichen ein, würden sie in Opposition zur Regierung treten müssen. Für seine Partei gelte es jetzt: Sozialismus unter allen Umständen! (Beifall b. d. Unabh.).  
Abg. Behring (Deutschl.): Die Regierung müsse auch den Charakter und die Bestimmtheit besitzen, als richtig erkannte Ziele auch gegen den Willen der Massen durchzusetzen. Wir erkennen die schwierige Lage der Regierung an und sind bereit, die Regierung zu unterstützen, wir sind aber nicht gewillt, die individuellen Kräfte und das individuelle Ausmaß des Einzelnen loszulassen. Wir lehnen das Sozialisierungsamt ab und ebenso auch die Betriebsräte.  
Nach 8 Uhr abends wird die Weiterberatung auf Mittwoch, mit tags 1 Uhr, vertagt.

## Deutschland.

Eine Reichskonferenz der Eisenbahner-Arbeiterräte ist für den 3. und 4. April nach Frankfurt a. M. (Direktionsgebäude) einberufen. Tagesordnung: 1. Konstituierung; 2. Revolution und Staatsarbeiter; 3. Sozialisierung und Demokratie; 4. Die Arbeiter und die Verwaltung; 5. Welche Maßnahmen sind zur Durchführung unserer Forderungen zu ergreifen? 6. Das Ratesystem und die Gewerkschaften; 7. Verschiedenes.

Ein Reichs-Arbeitslosenrat. Aus Vertretern der Erwerbslosenvereine Preußens, Bayerns, Sachsens, Württembergs und Badens wurde ein Reichs-Erwerbslosenrat gebildet.

Eine deutsche Finanzkommission nach Paris. In der Dienstagvormittag abgehaltenen Kabinettsitzung zu Weimar wurde u. a. auch eine Finanzkommission gewählt, die bereits heute, einer Einladung der Alliierten folgend, sich nach Paris begeben wird, um dort in erster Linie die finanzielle Seite des Lebens mittel- und langfristigen zu regeln. Ihre Mitglieder sind die Hamburger Bankiers Dr. Reichert und Max Warburg, Direktor Urbig von der Direktion der Diskontbank in Berlin, Direktor Stauß von der Deutschen Bank in Berlin und Großindustrieller Richard Merckens, einer der Inhaber der Frankfurter Metallgesellschaft. Außerdem gehören der Abordnung zwei Mitglieder der Waffenstillstandskommission und ein Mitglied der Reichsbank an.

Graf Bernstorff hat diese Einladung der Entente als den Beginn der Friedensverhandlungen bezeichnet.

Rechtssozialistische Oberpräsidenten in Preußen in Aussicht. Offiziell verkündet, daß demnächst zum Oberpräsidenten von Schleien das sozialdemokratische Mitglied der preußischen Landesversammlung Philipp-Breslau, zum Oberpräsidenten in Schleswig-Holstein der Führer der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion in Kiel, Polier, ernannt wird.

Die preußischen Nationalminister. In der gestrigen Sitzung der preußischen Nationalversammlung hat Präsident Veitmer die Zusammenfassung der neuen Regierung bekanntgegeben. Die gestrige Liste der von den Rechtssozialisten und den Demokraten gestellten Minister wird durch zwei Zentrumsleute ergänzt: Zu Finanzminister wird Dr. K. Behringhoff, Minister für Volkswirtschaftlicher Steuergewalt.

## Kleine Auslandsnachrichten.

### Der Prozeß gegen Jaurès' Mörder.

Paris, 25. März. (Havos.) In dem Prozeß gegen Villain hat der Angeklagte gestern erklärt, mit Vorbedacht gehandelt zu haben, und zwar, weil er Jaurès' Blicken für unheimlich für das Volk gehalten habe. Schon beim Reglement habe es ihn geschmerzt, seine Kameraden unpatriotische Lieber singen zu hören; seine Erbitterung sei angesichts der Behauptung der Eschschöhringer aufs höchste gestiegen, und er habe zuerst den Kaiser zu töten beschloßen. Erbittert habe ihn auch der Widerspruch Jaurès' gegen das Gesetz über die dreijährige Dienstzeit, da er davon Störungen der Mobilmachung durch Sabotage befürchtet habe, damals sei ihm der Gedanke gekommen, Jaurès zu töten. Am 31. Juli habe er bei dem einrückenden Soldaten weniger Begünstigung gefunden, als er erwartet habe, aber die Ausführung seines Vorhabens noch verschoben. Er sei am Abend lange um das Café herumgestreift, in dem Jaurès sich befand, habe dann aber, einer plötzlichen Eingebung folgend, den Vorhang gelüftet und gefeuert; er habe unter einem unübersehbaren Drange gehandelt. Davon, daß Jaurès' Frau und Kinder habe, habe er nicht gedacht. Auf die Frage des Präsidenten, ob er nicht erwidern habe, daß dieser Mord schwere Arbeiterunruhen hervorgerufen hätte, und ob er nicht an die hervorragende Rechtshausigkeit des Ermordeten gedacht habe, erwiderte Villain: Ich bin tief religiös, aber das Gewissen erwachte in diesem Augenblick nicht in mir.

Nach diesem Verhör wurden die Arrenärzte vernommen, die Villain als erkrankt stark belastet ansehen, daraus auf Verminderung seiner Zurechnungsfähigkeit schließen und meinen, Villain habe aus patriotischer Ueberhebung gehandelt. Darauf erzählten mehrere Medizikure der Quinantis, wie der Mord abgepielt habe.

Generalkrieg in Barcelona. In Barcelona hat eine Generalkrieg den ganzen Straßenbahndienst und die gesamte Industrie lahmgelegt. Ueber Barcelona ist der Belagerungszustand verhängt worden. Es ist möglich, daß der Belagerungszustand unverzüglich auch auf ganz Spanien ausgedehnt wird.

Die französischen Sozialisten gegen die Intervention in Rußland. Die französische Kammer begann am Montag die Prüfung der Budgetvorläufe. Im Laufe der allgemeinen Besprechung sprachen die Sozialisten Cachin und Ernest Lafont ihr Bedauern darüber aus, daß das Volk und das Parlament über die Arbeit in der Friedenskommission nicht genügend auf dem Laufenden gehalten würden. Sie warfen der Regierung vor, im Kriegszustande mit Rußland zu sein, ohne deswegen das Parlament und die Nation befragt zu haben, und sprachen sich gegen jede militärische Intervention in Rußland aus.

Serbische Klagen. Aus Belgrad meldet das Serbische Präsidium vom 24. März: In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung erklärte Ministerpräsident Praticich lebhaft Klage über die noch immer ausstehende Anerkennung Südslawiens seitens der ihm verbündeten Ententesstaaten, auch darüber, daß die südslawischen Bestandteile des ehemaligen Oesterreich-Ungarn von der Entente noch als feindlicher Boden betrachtet würden. Die Haltung der Entente werde durch den Londoner Vertrag vom April 1915 bestimmt, der Südslawien nationale und staatliche Einheitlichkeit zugunsten eines Verbündeten ausdrücklich abspreche.

## Aus der Partei.

Ein Landesparteiitag der Unabhängigen Sozialdemokratie Bayerns ist am 23. März in Nürnberg eröffnet worden. Er nahm in seiner ersten Sitzung mit 45 gegen 25 Stimmen bei zwei Enthaltungen folgende Resolution an:

Die revolutionären Arbeiter, Soldaten und Bauern Bayerns haben am 21. Februar 1919 die sich erhebbende Gegenrevolution in Bayern niedergeschlagen, die mit der Reaktion verbundenen Arbeiterführer abgesetzt und eine Klassenbewegung der Sozialisten gegen die Kapitalistenklasse für Bayern geschaffen.  
Die am 23. März 1919 in Nürnberg tagende Landeskonferenz der U. S. V. Bayerns erklärt als ihre erste Aufgabe, den erzwungenen Sieg zu beschließen und auszubauen und den endgültigen Sieg des Proletariats vorzubereiten.  
Die Landeskonferenz erwartet von den in die Regierung eingetretenen Genossen, daß sie in der Erfüllung dieser Aufgabe ihre Haupttätigkeit erblicken.

Die Gegenwartsforderungen des neuen Aktionsprogrammes sind die Richtlinien für die von einem sozialistischen Ministerium durchzuführenden Maßnahmen.  
Voraussetzung für die Durchführung aller Maßnahmen ist die Ueberführung der Verwaltungsbürokratie der Betriebe und Behörden in Selbstverwaltung. Ohne die Demokratisierung der Verwaltung bleiben die schönsten Verfügungen ein leeres Papier. In dem Bruch mit der alten Verwaltung steht die Landeskonferenz die erste Voraussetzung für ein gedeihliches Arbeiten der sozialistischen Minister im Sinne der Befreiung der Arbeiter. In der Erfüllung dieser Bedingung knüpft sie ihre Zustimmung zum Eintritt von Parteimitgliedern in die Regierung.

Genosse Soldmann, Schweinfurt, hielt ein kurzes Referat über die Organisation. Nach kurzer Debatte wurde Nürnberg als Sitz des Landesvorstandes bestimmt und Soldmann zum Landesvorsitzenden gewählt.

## Gewerkschaftsbewegung.

### Zentralverband der Handlungsgehilfen.

Die Ortsgruppe Leipzig des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen hielt am 25. Februar eine Generalversammlung im Elyrium ab mit der Tagesordnung: Geschäftsbericht für 1918; Neuwahl des Ortsvorstandes, Revisoren und Kartelldelegierten; ferner Verschiedenes. Vor Eintritt in die Tagesordnung erließ die Versammlung die verstorbenen Mitglieder Duwaß, Ehrenpreis, Specht und Börling.

Der Geschäftsbericht erstattete der Revollmächtigte Köhler. Durch die Revolution ist das Verbandsleben ganz gewaltig reger geworden. Die Mitgliederzahlen sind enorm gestiegen und steigen noch. Am 1. Januar 1919 betrug die Zahl schon 2830 und Ende Februar 1919 bereits 3500. Eine große Anzahl Betriebsvereinigungen haben stattgefunden, um die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verbessern. Dergleichen wurden mehrere öffentliche Versammlungen abgehalten. Eine allgemeine Regelung der Gehalts- und Arbeitsverhältnisse im Detailhandel wurde eingeleitet, die noch vor Beilundung zur Bewilligung einer Kostenaufgabe für die Mitglieder ist diese Bewegung durch den Streik zu einem für die Angehörten günstigen Abschluß gebracht worden. Ueberhaupt hat die Revolution das Erwachen der Handlungsgehilfen bewirkt. Aller Voraussicht nach stehen den Angehörten große Kämpfe noch bevor, und nicht nur durch die Unternehmer, sondern auch in den eigenen Reihen, wie die Tätigkeit der bürgerlichen Angestelltenverbände beweist.

Vervorgehoben muß werden, daß die Revolution zwar für die Arbeiterschaft den Achtstundentag gebracht hat, die Handelsgesellschaften aber das Nachsehen haben sollten. Aber durch unser und des U. S. V. Mates Eingreifen konnte eine Verständigung zwischen den Geschäftsinhabern, Handels- und Gewerkschaften und Angestelltenverbänden dahingehend erzielt werden, daß auch für den Handel für Leipzig und Umgebung der Achtstundentag Geltung hat. Damit abseitig dieser Vereinbarung Rechnung getragen wird, ist ein Schiedsgericht als erwählter Instanz gebildet, dem die Ueberwachung übertragen ist. Anzeigen wegen Uebertretungen gehen fortgesetzt ein. Diese werden dem Schiedsgericht überwiesen, um vermittelnd zu wirken. Die Regierung hat die gesetzliche Einführung des Achtstundentags in Aussicht gestellt.

Die Jugendabteilung hat sich gut entwickelt. Die Teilnehmer werden jetzt als Mitglieder geführt. Es hat sich herausgestellt, daß mit dieser Einrichtung einem Bedürfnis Rechnung getragen wird. Die Stimmvermittlung war in der ersten Hälfte des Jahres noch sehr reg, und viele Stellen konnten wegen Mangel an Arbeitskräften nicht besetzt werden. Mit dem Zurücktreten der Krieger in das Privatleben ist das Ueberangebot an Arbeitskräften für die Arbeit geworden und es scheinen sich daraus unübersichtbare Folgen zu entwickeln.

Zur Bekämpfung der agitatorischen Arbeiten ist am 1. Januar 1919 der Kollege Riemer, der bis dahin Ortsbeamter in Chemnitz war, angestellt worden. Der Posten ist ohne Ausschreibung besetzt worden, weil die Situation ein schnelles Handeln bedingte; anderseits mußte das provisorische Verhältnis, in dem Kollege Köhler teilweise im Nebenamt die gewaltig angewachsenen agitatorischen Arbeiten verrichtete, abgeändert werden. Die Mitgliedszunahme macht auch eine weitere Einstellung von Beamten notwendig, ebenso eine Bureauserweiterung. Ein Beamtenposten soll sofort zur Ausschreibung gelangen. Der Eintritt muß per 1. April 1919 erfolgen, dem stimmt auch die Versammlung zu.

Der Wiedereintritt in das Gewerkschaftskartell ist, nachdem die Zusammenfassung des Kartells eine andere geworden ist, von und wieder erfolgt.

Um die neugewonnenen Mitglieder mit unseren Interessen besser vertraut zu machen und deren Interessen noch ausführlicher vertreten zu können, soll in Zukunft die Einrichtung der Branchen- und Bezirksvereinigungen mehr gepflegt werden.  
Den Massenbericht für das 4. Quartal 1918 erstattete Kollege Jacob. In der Aussprache über den Geschäftsbericht verurteilte Kollege Sand das Vorgehen der Kollegen Riemer und Köhler in der Bewegung der Handlungsgehilfen. Kollege Riemer wies aber an der Hand des Tarifentwurfs für den Buchhandel die Verdrängung seines Vorgesetzten nach. Der Tarifentwurf läuft darauf hinaus, den Unternehmern mehr Vorteile als den Gehilfen zuzuführen. Leider ist es das Produkt der gemeinsamen Arbeit mit den bürgerlichen An-

gestelltenverbänden. Wir werden uns an den Urteilen nicht mehr beteiligen und ebenfalls den Tarif nicht unterschreiben.

Die Wahl des Ortsvorstandes ergab, den Kollegen Kessler als 1. Revollmächtigten mit 188 und Riemer mit 163 Stimmen als 2. Revollmächtigten. Als Schriftführer wurden Kollege R. Köhler und Köhler gewählt. Kollege Jacob fungiert als Kassierer. Während auf die Kollegen Köhler, Puhndorf, Schulz und Kollegin Erler als Beisitzer die Wahl fiel.

In Revisoren wurden Kollegen Köhler, Ruch und Pittwahn gewählt und als Kartelldelegierte Kollegen Riemer, Köhler, Nagel und Jacob.

### Die Leipziger Holzarbeiter und die Gewerkschaftsfrage.

Die Holzarbeiter befaßten sich am 11. März mit der Auffassung der Kandidaten zum Verbandstag in Hamburg. Nach einem Hinweis des Vorsitzenden auf die Bedeutung des Verbandstages, der außergewöhnliche Beachtung verdienen durch die Verhandlung der zukünftigen Tarifpolitik, der Lohnfrage, der Aufgaben der Betriebsräte und der Zusammenfassung der Verbandsinstanzen, wurden als Kandidaten aufgestellt die Kollegen Winter, Schler, Herberich, Gerike, Beyer, Wittig, Vogel, Schenkenberger, Schubert, Lamm, Schöber, Schmidt, Hermann, Janowski und Köhler.

Den Bericht über den Gau tag erstattete Kollege Herberich. Die Tagung habe Gelegenheit gegeben, den Kollegen aus den kleineren Arbeitsstellen, die den Unterhaltungsleistungen übermäßige Bedeutung beimessen, die prinzipielle Stellung des andern Teils, speziell der Leipziger Kollegen, entgegenzustellen, die den Kampfcharakter der Organisation wahrten und die Unterhaltungsleistungen nach und nach abzubauen und auf Reich und Kommune Ueberzuweisen als Gebot der Stunde betrachteten. Wenn die während der Kriegszeit bestehenden Arbeitsgemeinschaften in Verbindung mit den partiellistischen Arbeitsnachweisen gut funktioniert haben, so müsse heute ausgesprochen werden, daß die kommenden Betriebsräte als Liquidatoren der kapitalistischen Produktionsweise sich neue Ziele setzen, da die Tarifverträge sich überlebt hätten und ihnen auch keine Träne nachzuweinen sei, da besonders die Erzwungenen der Leipziger Kollegen sich völlig ungenügend seien.

Als weitere Delegierte ernannten die Kollegen Winter, Schenkenberger und Freitag die Ausführungen Herberichs. Sie unterstützten die Auffassung, daß die Bedeutung des Gaus alles früheren weit in den Schatten stelle. In begriffen sei die dort erneut vertretene Auffassung, daß in der Politik Partei und Gewerkschaften eins sein müssen. Wenn die auf dem Gause gefassten Beschlüsse und Anregungen sich in die Tat umsetzen, könne man im Interesse des Verbandes zufrieden sein.

Vom Kollegen Gerike wird zugegeben, daß auch er mit den jeweils erlassenen Beschlüssen in der Lohnfrage nie zufrieden war und es zu verstehen sei, wenn die Kollegen denselben Standpunkt vertreten. Die Ferienfrage müsse bei kommenden Verhandlungen mit an erster Stelle stehen und dürfe nicht mehr von der Tagesordnung verschwinden.

Auf Antrag des Kollegen Schenkenberger wird beschlossen, in der Generalversammlung als ersten Punkt der Tagesordnung die Abstimmung über die Resolution Winter zur Lösung der Holzarbeiterzeitung und Politik des Verbandes herbeizuführen.

### Die Gemeindeführer Leipzigs

faßten am 7. März nach einer Aussprache über die Haltung des Angestellten Schutzbundes und des Verbandesorgans Die Gewerkschaft folgende Resolution:

Die am 7. März im Volkshaus versammelten Gemeindeführer der Hölle Leipzigs des Gemeindeführer-Verbandes erklärten, daß sie eine gerade, grundsätzliche, ohne mit Kompromissen belastete Arbeiterpolitik als alleiniges Mittel zur Lösung der Arbeiterfrage hielten. Sie verurteilten die in letzter Zeit beobachtete Haltung der „Gewerkschaft“ in Lohn und Streitfragen. Sie betrachteten den Streik mit als ein Mittel, die für die fortwährend steigenden Preise auf dem Wirtschaftsmarkte verantwortlichen Stellen zu zwingen, die die Gewerkschaften schon am Kriegsanfang in ihrem Ernährungsprogramm festgelegt haben.

### Die Tage im Ruhrgebiet.

Essen, 24. März. Die Besessenen der Hellen Kräfte und Vereinigte Karolinenstraße nahmen vorfristig vollständig die Arbeit wieder auf. Die Belegschaft der Hesse Dorstfeld ist neu in den Ausstand getreten.

Der Allgemeine Verband der Deutschen Bankbeamten vollzog am Montag in Leipzig im Beisein von Vertretern der Ortsgruppen Dresden, Chemnitz, Bitterfeld und Leipzig die Gründung des Gauverbandes Sachsen-Groß-Thüringen, die sich infolge des raptiven Mitgliederzuwachses als Notwendigkeit herausgestellt hatte. Die Gauleitung wird ihren künftigen Sitz in Leipzig haben.

## Gerichtssaal.

### Reichsgericht.

#### Der Kapitän als Pascher.

Wegen Konterschande hat das Landgericht Bremen den Kapitän Carl Hohenbeck zu 3000 M. Geldstrafe verurteilt. Der Angeklagte hat auf seinen Fahrten nach Christiania und Helsingør mehrere Stahlfässer, kanstische Soda und Petroleum mitgenommen, deren Ausfuhr verboten war. Er ließ sich dort so viel an Arren bezahlen, wie er in Bremen an Markt bezahlt hatte. Troßdem der Angeklagte das Ausfuhrverbot des Reichsstaats vom 28. September 1917 nicht gekannt hat, ist er doch verurteilt worden, weil er mit der Willkür des Besessenen eines solchen Ausfuhrverbots rechnen mußte. Die vom Angeklagten gegen das Urteil eingelegte Revision wurde vom Reichsgericht als unbegründet verworfen.

#### Eine „nationale Dame“ als Beirätherin von Kriegerfrauen.

Arme Kriegerfrauen um Geldbeträge geschädigt hat die frühere Sekretärin Charlotte Peinrich, die vom Landgericht Berlin wegen Betrugs zu neun Monaten Gefängnis verurteilt worden ist. Sie war beim Nationalen Frauendienst mit einem Monatsgehalt von 100 M. angestellt. Den Kriegerfrauen, mit denen sie zu tun hatte, erzählte sie, daß sie nur ehrenhalber arbeite, ein Gut bei Neustadt besäße und bald eine reiche Tante in Cuxhaven beerben werde. Unter diesen falschen Vorspiegelungen erlangte sie in 17 Fällen von den Frauen Geldbeträge im Gesamtbetrag von über 11.000 M. Das Gericht hat angenommen, daß die Angeklagte weder willens noch imstande war, das geliebte Geld zurückzugeben und hat sie deshalb verurteilt. Die gegen das Urteil eingelegte Revision wurde vom Reichsgericht als unbegründet verworfen.

## Von Nah und Fern.

### Der Kindermord in Gleiwitz.

Gleiwitz, 25. März. Nach einer neueren Meldung beträgt die Zahl der bei der gestrigen Katastrophe ums Leben gekommenen bis heute früh im Städtischen Krankenhaus eingelieferten Kinder 73; 18 Kinder wurden verletzt. Die genaue Zahl wird erst im Laufe des Tages festzustellen sein.

Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Wittengrabenstraße

## Weisse Zähne

erzielen Sie meist schon nach kurzem Gebrauch d. herrlich erfrischenden Zahnpasta Chlorodont. Vorzüglich Vorbeugungsmittel bei Kariesinfektion durch die Mundhöhle (Influenza, Grippe usw.). Überall zu haben.

Diese Nummer umfaßt 8 Seiten.

**Wegen Papiermangel**  
müßte ein großer Teil der Inserate in der heutigen Nummer zurückgestellt werden.  
Leipziger Volkszeitung (Inseraten-Abteilung).

**Amtliche Bekanntmachungen.**

**Bekanntmachung über den Verkehr mit Kohle.**

1. Infolge der durch den Generalstreik herbeigeführten Verschärfung der Kohlennot dürfen unter Aufhebung der Bekanntmachung vom 15. März 1919 bis auf weiteres an Haushalte und diejenigen Untermieter, welche eine braune Zufahrtkarte besitzen, Bräutlein nicht öfter als alle 14 Tage und jedesmal nur 1 Zentner gegen freigegebene Marken im Abholwege oder ins Haus geliefert oder bezogen werden.  
Die seit dem 15. März bezogene Menge ist auf vorliegende Mengen anzurechnen.  
2. Für die Zufuhr frei Haus der nach Ziffer 1 für Haushalte und Untermieter zugelassenen Mengen wird der Höchstpreis für den Zentner Bräutlein auf 3,60 Mark festgesetzt.  
3. Für Gewerbe dürfen bis auf weiteres überhaupt keine Bräutlein bezogen oder geliefert werden. Ausgenommen sind Ärzte, Apotheken, Altkassen, Bäder, Bläser, Wäschereien, Speiseanstalten. Diese Verbraucherguppen dürfen alle 14 Tage höchstens im Umfange ihres schätzlichen Bedarfs gegen freigegebene Marken Bräutlein beziehen oder geliefert erhalten. Krankenhäuser, Bäder und Volkstheater dürfen voll beliefert werden.  
4. Für Behörden und Zentralbehörden dürfen Bräutlein alle 14 Tage höchstens im Umfange ihres schätzlichen Bedarfs gegen freigegebene Marken geliefert oder bezogen werden.  
5. Nachlieferung für die vergangenen Wochen ist in allen Fällen der Ziffer 1, 3 und 4 verboten.  
6. Die Kohlenhändler haben den Tag der letzten Lieferung auf der Rückseite der Kohlenkarte zu vermerken.  
7. Die Kohlenhändler, die sich bisher mit dem Kleinverkauf befaßt haben, sind verpflichtet, Verbraucher, die in ihrem Stadtviertel neu hinzuziehen, in ihre Kundenliste aufzunehmen. Zweifelsfälle entscheidet die Ortskohlenstelle.  
8. Händler, die mehr als die zur Bedienung ihrer Kunden nach obigen Grundregeln benötigten Mengen erhalten, haben diese sofort der Ortskohlenstelle zwecks Aufgabe einer Rüstungslieferung an einen notleidenden Händler anzugeben.  
9. Zuwiderhandlungen gegen diese Bestimmungen werden nach § 32 der Bekanntmachung des Reichskohlenkommissars vom 30. März 1918 geahndet.  
Außerdem wird gegen Händler, die sich in der Befolgung der vorstehenden Bestimmungen als unzuverlässig erweisen, auf Grund des § 1 der Bundesratsverordnung vom 23. September 1915 zwecks Unterlagung des Handelsbetriebes vorgegangen werden.  
Leipzig, am 25. März 1919.  
Der Reichskohlenkommissar

**Großschocher-Windorf.**

Mit Zustimmung des Gemeinderats wird die Geschäftstätigkeit des Gemeindevorstandes, einschl. des Standesamtes und der Sparkasse, vom 1. April 1919 an bis auf weiteres an allen Verträgen durchgehend auf die Zeit von vorm. 7<sup>1/2</sup> bis 3 Uhr nachm. festgesetzt. Sämtliche Kassen schließen 2 Uhr nachmittags.  
Der Gemeindevorstand.

**Schule zu Markranstädt.**

Zu den **Entlassungsfeiern**  
Donnerstag, den 27. März, nachmittags 4<sup>1/2</sup> Uhr, für die Fortbildungsschule,  
Sonntag, den 29. März, vormittags 10 Uhr, für die Volksschule  
Istet die Behörden, Eltern, Lehrherren und Freunde der Schule im Namen des Lehrkollegiums ganz erhaben ein  
Schuldirektor Römke.

**Markranstädt.**

**Lebensmittel-Abgabe**  
in der Woche vom 31. März bis 5. April 1919.  
Montag, den 31. März 1919  
1/4 Pfd. Sauerbraten für 8 Pfg. auf Abschnitt 112;  
Dienstag, den 1. April 1919  
1/2 Pfd. Rindfleisch für 40 Pfg. auf Abschnitt 113;  
Mittwoch, den 3. April 1919  
1 Paket Tee-Vergah für 84 Pfg. auf Abschnitt 114;  
Donnerstag, den 4. April 1919  
1/4 Pfd. Gries für 12 Pfg. auf Abschnitt 115;  
Freitag, den 5. April 1919  
1 Pfd. Nischsuppe für 1,80 Mk. auf Abschnitt 116;  
Sonntag, den 7. April 1919  
bei Kaufmann Lebers für frische und über 65 Jahre alte Personen 1/4 Pfd. Sauerbraten für 41 Pfg.  
Markranstädt, den 24. März 1919.  
Der Stadtrat.

**Sparkasse Lindenthal.**

Geschäftsstelle: Gemeindevorstand, Hauptstraße 17.  
Zweiggeschäftsstelle: Osnabrück, Gemeindevorstand  
Geschäftszeit: Mittags, nachmittags von 2<sup>1/2</sup> bis 4 Uhr, nachmittags geschlossen.  
Kassenreife Übertragung angelegter Gelder von auswärtig. Zahlreiche Verzinsung mit 3<sup>1/2</sup>%. Kontrollmarken. Fernsprecher 5055. Postfach-Konto Nr. 1104 in Leipzig. Girokonto bei den Girokassen Leipzig, Neumarkt 85, u. Lindenthal.

**Sparkasse Liebertwolkwitz.**

Geschäftszeit vom 1. April ab jeden Wochentag vormittags 8-12<sup>1/2</sup> und nachmittags 2<sup>1/2</sup>-4 Uhr.  
Sonntags nur vormittags.

**Ansiedlung Ost.**

Mittwoch, den 26. März, abends 7<sup>1/2</sup> Uhr, im Saale des Felsenkellers, Plagwitz  
**Vortrag über Zweck u. Ziele des Vereins betr. Auswanderung und Wied. in Rußland.**  
Mitglieder, werdt für zahlreichen Besuch.  
Alle Interessierten werden hierzu eingeladen. — Aufnahme neuer Mitglieder an diesem Abend. Der Arbeitsausschuß.

**Ortsverein Thonberg-Neureudnitz**  
Sonabend, 29. März, abends 6 Uhr, in der Erlöskirche zu L.-Thonberg  
**Gedächtnis-Feier für unsere gefallenen Kameraden und Begrüßung unserer Heimgekehrten**  
Mitwirkende: Herr A. WERNER (Orgel); Herr Konzertmeister KURT HERING (Violine); MÄNNERCHOR L.-THONBERG (Leitung: Herr PAUL MICHAEL); Rezitationen: Herr KARL FISCHER (Karl Walden, Schauspielhaus); Ansprache: Herr DR. RUDOLF FRANZ  
Einlass 7<sup>1/2</sup> Uhr. Programme in den bekannten Stellen

**Bauarbeiter-Verband**  
Telephon 8076. Zweigverein Leipzig. Telephon 8076.  
Bureau im Volkshaus. Bürozeit 9-1 und 4-6 Uhr. Sonntags von 8-2 Uhr  
Montag, den 31. März, abends 7<sup>1/2</sup> Uhr  
**Mitglieder-Versammlung**  
im Volkshaus (Großer Saal).  
Tagesordnung: 1. Stellungnahme zu dem neuen Tarifabschl. 2. Bericht von der Bezirkskonferenz.  
Die Wichtigkeit der Tagesordnung bedingt das Erscheinen jedes Einzelnen.  
Der Vorstand.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband**  
Bureau im Volkshaus, Reiter Str. 12, 11, 3. u. 2. Arbeitsnachrichtungsstelle von 7<sup>1/2</sup>-10<sup>1/2</sup> Uhr vorm.  
Bürozeit: 9-12 Uhr vormittags, 4-6 Uhr nachm., Zimmer 1 u. 2. Telephon 3197.  
Freitag, den 28. März 1919, abends 7<sup>1/2</sup> Uhr  
**Mitglieder-Versammlung**  
im Volkshaus, Zeißer Straße 32.  
Tagesordnung:  
**Beratung von Anträgen zum Verbandstag.**  
Zahlreichen und pünktlichen Besuch erwartet. Die Lokalverwaltung.

**Metallarbeiter-Verband**  
Geschäftsstelle: Volkshaus, Reiter Str. 12, 11, 3. u. 2. Bürozeit: 9-12 Uhr vormittags, 4-6 Uhr nachm., Zimmer 1 u. 2. Telephon 3197.  
Freitag, den 28. März, abends 7<sup>1/2</sup> Uhr, im Volkshaus  
**Vertrauensleute und Arbeiterausschüsse der Gelbmetallindustrie**  
Freitag, den 28. März, abends 7<sup>1/2</sup> Uhr, Versammlung im Volkshaus.  
**Elektromonteur und Helfer.**  
Sonabend, den 29. März, abends 7<sup>1/2</sup> Uhr, Versammlung der Vertrauensmänner und Arbeiterausschüsse. Tagesordnung: Stellungnahme zum neuen Tarif. — Es ist wichtig, daß von jeder Firma unbedingt ein Kollege vertreten sein muß. Die Brandleitung der Elektromonteur und Helfer.  
**Metall- und Revolver-Dreher der Gelbmetall-Industrie.** Sonabend, den 29. März, abends 7<sup>1/2</sup> Uhr Versammlung im Restaurant Kessler, Eldonienstraße 10. — Erscheinen aller ist unbedingt notwendig.  
**Former, Kernmacher, Bestosser und Glessler Arbeiter der Gelbmetall-Industrie.** Sonabend, den 29. März, abends 7<sup>1/2</sup> Uhr, Versammlung im Volkshaus. — Erscheinen aller ist unbedingt notwendig.  
**Schleifer, Polierer und Galvaniseur.** Sonabend, den 29. März, abends 7<sup>1/2</sup> Uhr, Versammlung im Volkshaus. — Erscheinen aller ist unbedingt notwendig.  
**Für alle im Bauklempner- und Installations-Gewerbe Beschäftigt.** Sonntag, den 30. März, vormittags 10<sup>1/2</sup> Uhr, Versammlung im Volkshaus (Gemeinschaftssaal). Tagesordnung: Bericht über die Neugestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen.

**Zentrum-Süd.** Donnerstag, den 27. März, abends 7<sup>1/2</sup> Uhr, im Volkshaus  
**Vertrauensmänner-Sitzung.** Das Agitationskomitee.  
**Rechtsbureau W. Amhof.**  
Rat u. Beistand in allen Straf-, Ehe-, Grundstücks-, Militär-, Nachlasssachen, Gesetze, Verträge, Testamenten, Erbschaften, Uebernahme von Prozessen, Aliments Spezial: Unfall-sachen u. Militärenterte  
Leipzig, Münz-gasse 14, 2. Stock, Sprechst. 10 u. 11, 2-7 Uhr, Sonntags 10-3 Uhr, Tel. 11514.

**Achtung! Wiffetes**  
Die alte Firma früher Kaufmann Steinweg 14 schreibt nicht nur, sondern zahlt jeden hohen Preis, den Sie wünschen, für Ihre alten Sachen, Herren- und Damen-Sachen, Wäcker, Schuhe, Gold, Silber, Militärmäntel, Hüte, Ketten, Gardinen, etc., alle Arten Wertgegenstände.  
Sorglos, 12, Tel. 18150 am Reichsplatz.  
**Sie sparen Geld und Ärger beim Gebrauch meines Blitzweiss**  
macht Weißwäsche blendend weiß und frei ohne Waschen u. Hüften.  
Karton für 20 Stücken nur 1,50.  
Reichardt, Leipzig, Dourstraße 8. Versand nach Aufnahme.

**Wied. der im Kriegsdienst gefallenen Mitglieder.** Die Eltern oder Angehörigen gefallener Mitglieder werden gebeten, zwecks Verwirklichung der Bekanntheit, im Bureau die genaue Personalien (Name und Geburtsort) des Gefallenen zu melden.

**Ortsverein Lössnig.**  
Donnerstag, den 27. März, abends 7<sup>1/2</sup> Uhr  
**Mitglieder-Versammlung**  
im Stern.  
Tagesordnung:  
**Die Sozialisierung der Arbeitsmittel.**  
Redn.: Gen. Ernst Schäfer, Mitgl. d. dtsch. Volksh. Zahlreichen Besuch erwartet.  
Der Vorstand.

**Ortsverein Burghausen-Gundorf.**  
Freitag, den 28. März, abends 7<sup>1/2</sup> Uhr  
**Versammlung**  
im Restaurant Wartburg in Gundorf.  
Tagesordnung: 1. Bericht der Gemeindevorstand. 2. Stellungnahme, eventuell Neuwahl der Arbeiterräte für beide Gemeinden. 3. Bericht über den Jahresbericht. 4. Beschlüsse.  
Der Vorstand.

**Kommunistische Partei Deutschlands (Spartakusbund) Gruppe Leipzig**  
**In der Schriften-Vertriebsstelle**  
Leipzig, Nürnberger Strasse 31 (Laden)  
In wieder kommunistische Literatur zu haben. Wir empfehlen:  
N. Lenin, Staat und Revolution (1917) . . . 3.00  
Die Frage über das Wesen des Staates gewinnt gegenwärtig besondere Bedeutung in theoretischer und politischer Hinsicht. — Inhaltsverzeichnis: Vorwort / Klassen-gesellschaft u. Staat / Staat u. Revolution, Erfahrungen von 1848-1851 / Erfahrungen der Pariser Kommune von 1871 / Analyse von Marx / Ergänzende Erläuterungen von Engels / Die wissenschaftlichen Grundlagen für das Absterben des Staates / Die Verfassung des Marxismus durch die Opportunisten (Volemik Plechanows gegen die Anarchisten, Kaustsky gegen die Opportunisten, Kaustsky Pannekoek) / Nachwort.  
Leo Trotzki, Von der Oktober-Revolution bis z. Dreißer Frieden, Februar 1918. . . 1.00  
N. Lenin, Die nächsten Aufgaben der Sowjet-Revolution. März/April 1918. . . 1.75  
Leo Trotzki, Arbeit, Disziplin u. Ordnung. März 1918. . . 0.85  
Die Verfassung der russischen sozialistischen Föderativen Sowjet-Republic. 10. Juli 1918. . . 0.50  
Das bolschewistische Rußland. B. Fr. Sturm. Jan. 1918. . . 0.50  
Wer sind die Kommunisten? Siedlow. . . 0.50  
Offener Brief Lichtschers an Brodowitsch. . . 0.20  
Die Wahrheit über die Bolschewiki. Von Grigorowitsch. . . 0.15  
Die Sünden des Bolschewismus. 1918. . . 0.15  
Was soll der Spartakusbund? Brodowitsch. Programm von Karl Liebknecht u. Rosa Luxemburg. 31. Dezember 1918. . . 0.20  
Die Lage und die nächsten Aufgaben des deutschen Proletariats. Kurt Hämmer. Februar 1919. . . 0.20  
Was ist die Aufgabe der proletarischen Revolution? . . . 0.10  
Karl Liebknecht zum Gedächtnis. Rose G. Pauffen-berg. am 26. 1. 19 in Hamburg. . . 0.40  
Otto Rühle, Erklärung u. Sozialismus. Ein Manifest. 1.20  
Der Sozialismus ein unentrinnbares gesellschaftliches Schicksal. Von E. Höller. Jena. . . 0.40  
Der Sozialismus für alle. Von Peter Kropotkin. . . 0.15  
Nicht wahr auf. Von Hauptmann v. Verrieh. . . 0.30  
Die Aktion, Heft 1, 0.50; Heft 2-5 Liebknecht-Luxemburg-Gedächtnis. 1.00; Heft 6/7 Mehring-Gedächtnis, 0.50; Heft 8/9 0.50.  
Der kommunist (Dresden) bringt Artikel: Wege zum Sozialismus (Nr. 12), Das Rätekommunisten in Rußland (Nr. 13), Bolschewismus (Nr. 14) — Preis der Nummer 15 Pfg.  
Der Kämpfer (Chemnitz) bringt in Nr. 61: Die in Rußland sozialisiert wird. Nr. 63: Sozialisierung (v. Pannekoek), Nr. 64: Koch sind nicht alle Wägen vorbei / 1919 bis 1919 / Zwei Jahre russische Revolution. B. Amann / Der entscheidende Tag. B. L. Trotski / Der zweite Juni (Aus der Rev.-Zeit 1789-98). Nr. 65: A.S.S. Wägen wählen (Chemnitz). Nr. 66: Die Unabkündigung als Verräter der Revolution. Nr. 67: Der Antimilitarismus und die Frauen. Nr. 68: Die Kompromisspolitik u. U.S.P. (Berliner u. B. D. Republik). Der Kämpfer erscheint in 16 H. Preis 15 Pfg.

**Achtung, Skatspieler!**  
Freitag, den 28. März, abends 7<sup>1/2</sup> Uhr  
**Großes Preis-Skaten mit Zahlenreizen**  
im Verzeichnisschroberverein Edelweiss  
Kleinschöcher, Antonsstraße.  
Sonntag, Grosses Zither-Konzert.  
den 30. März  
Es ladet freundlich ein Der Vorst. Otto Stapo.

Ziehung 12. bis 17. Mai.  
**Geld-Lotterie**  
zu Zwecken des Landesgesundheitswesens für Vereine vom **Roten Kreuz**  
in Sachsen.  
14 207 Geldgewinne u. 1 Prämie ohne Abzug.  
Höchstgewinn im günstigsten Fall:  
**100000**  
Prämie und Hauptgewinn  
Mittel: **75000**  
Mittel: **25000**  
Mittel: **15000**  
Mittel: **10000**  
Mittel: **5000**  
u. s. w.  
Lose à 3 Mk. (Postgold u. Liste 45 Pfg.) durch den Hauptvertrieb:  
**Alexander Hesse**  
Sächs. Staatslotterie - Einzugsstelle  
Dresden, Weitzgasse 1  
Postcheckkonto Leipzig 29713.  
Verkaufsstellen durch Plava u. Kuntzsch

**Zahn-Technisches Institut Leipzig, Hauptstr. 22, 11**  
Ed. Turnerstr. 2 Min. von der Marktstr. Tel. 10079  
**Künstliche Zähne u. Plomben von 2 Mk. an**  
Kronen- u. Brückenarbeit in taubler u. Auot. Umarb. u. Reparatur. Vor u. bill. Personal. a. schon. Behandl. Schöne Arbeit.

**Makulatur-Einkauf**  
en gros! en detail!  
Kaufe jed. Post. Zeitungspapier gebündelt, Altk., Erisuren, alle Pappensätze, Wofapap., Lumpen, Knochen, altes Eisen und Metalle kaufe ich auch Labungswiese, gegen sofortige Kasse. Händler Extra-Preis-Kommission auswärts. Hole auch ab. Bahnhöfen u. in Vahen.  
**Pässer**  
Lützner Strasse 71 Tel. 38491  
Bog. la w. 16. Voltzstr. 45  
Alle Off. nach Vahen Str. 71.

**Umarbeiten.**  
Wieder. Bild. u. Dam. Wänd. u. Kost. Wänd. Rep. von u. d. Russen, Wänd. Dienstr. 57, Tel. 40668



# Sächsische Angelegenheiten.

## Reform der Kreis- und Bezirksverwaltung.

Durch die Verordnung vom 28. November 1918 ist für die Wahlen zu den Gemeindevertretungen das allgemeine, gleiche Wahlrecht eingeführt worden. Aber die Reform ist auf halbem Wege stehen geblieben. Neben den auf Grund des neuen Wahlrechts bestehenden Gemeindevertretungen bestehen noch immer die nach dem alten, auf den Besitz zugeschnittenen Klassenwahlrecht gebildeten Bezirksversammlungen, Bezirks- und Kreisräte, die als Hemmschuh für die freie Entwicklung der Gemeinden wirken. Daß dieser Zustand unhaltbar und seine baldige Beseitigung wünschenswert ist, wurde vor kurzem in der sächsischen Volkstammer auch von bürgerlicher Seite anerkannt. Im Gesetzbildungsausschuß, der sich mit den von der Kammer angelegten Vorschlägen zu beschäftigen hatte, war man aber weiter auch der Meinung, daß es nicht genüge, nur einen anderen Modus für die Wahlen zu schaffen, sondern daß auch die Verwaltung selbst eine Umgestaltung erfahren müsse. Es lauten aber Zweifel darüber auf, ob es möglich sei, die Änderung des Verwaltungssystems gleichzeitig mit der als dringlich empfohlenen Umgestaltung des Wahlverfahrens vorzunehmen. Der Ausschuß beschloß nach längerer Debatte einstimmig:

1. die Regierung um Vorlage eines Gesetzentwurfs zu ersuchen, durch den auf demokratischer Grundlage eine Neuwahl der Bezirks- und Kreisräte, Bezirks- und Kreisräte sowie der Kreis- und Bezirksräte bald herbeigeführt wird;
2. die Umgestaltung der Bezirks- und Kreisverwaltung vorzubereiten und der Volkstammer eine Gesetzesvorlage zu unterbreiten.

Ein Antrag der Vertreter der U. S. P., in dem zu schaffenden vorläufigen Gesetz auch die Wahl der leitenden Beamten der Behördenkreise anzuordnen, wurde mit Stimmgleichheit abgelehnt. Diese Materie soll bei der späteren Umgestaltung der Verwaltung mitberührt werden.

## Kirche und Dissidenten.

Die unabhängige Fraktion hat folgenden Antrag in der Volkstammer eingebracht: Die Kammer wolle beschließen: 1. Der § 20, Abs. 1 des Dissidentengesetzes vom 20. Juni 1870 (G. u. V. Bl. S. 215) erhält folgende Fassung: Der Austritt aus einer Religionsgemeinschaft ist, auch wenn er ohne gleichzeitigen Austritt zu einer anderen Religionsgemeinschaft erfolgt, ein jeder in Sachsen wohnenden Person gestattet. Ein außerhalb des Freistaates Sachsen erfolgter Kirchenaustritt hat auch Gültigkeit in Sachsen.

Ueber den Austritt von ehelichen Kindern entscheidet bis zum vollendeten 14. Lebensjahre mangels einer Vereinbarung der Eltern der Vater; lebt dieser nicht mehr, die Mutter. Für außereheliche Kinder trifft eine solche Entscheidung die Kindsmutter. Kinder über 14 Jahre können den Austritt selbständig bewirken, eine Zustimmung des gesetzlichen Vertreters ist nicht erforderlich.

Der Austritt erfolgt durch schriftliche Mitteilung oder durch Erklärung zu Protokoll an den Pfarrer der zuständigen Kirchengemeinde. Der Pfarrer muß dem Austrittenden eine Bescheinigung über die Austrittserklärung innerhalb 2 Wochen nach der Abmeldung zustellen. Der Austritt ist kostenlos zu bescheinigen.

Nach Ablauf des Steuerjahres, in dem die Austrittserklärung erfolgt ist, kann der Ausgetretene nicht mehr zu

Kirchensteuer herangezogen werden. Personen, die nicht getauft sind, gehören keiner Kirche an und können dementsprechend auch nicht zu Kirchenanlagen herangezogen werden.

II. Der Absatz 3 des § 20 wird gestrichen.

III. Die Kammer beauftragt die Regierung, die Form der Eidesleistung für aus der Kirche ausgetretene Personen entsprechend zu ändern.

## Die sächsische „Sozialisierung“.

Im Sachsen hat man vor einigen Tagen die Schaffung eines Sozialministeriums beschlossen. Anzuweisen ist Herr Stadtmann weiter bemüht, sich den Dank der Kapitalisten zu verdienen, indem er ihnen zeigt, daß es ihm gar nicht so ernst ist mit der Sozialisierung. Er hat auf das bairische Sozialisierungsangebot an den bairischen Ministerpräsidenten Hoffmann folgendes Telegramm gerichtet:

„Das Gesamtministerium des Freistaates Sachsen begrüßt auf beste die neue Regierung Bayerns. Vom dortigen Zentralrat erhielten wir vor kurzem die Aufforderung zu Besprechungen zwischen Bayern und Sachsen über die Sozialisierungsfrage. Da die Neubildung der Regierung im Gange war, konnten wir zur Sache zunächst nicht Stellung nehmen. Nunmehr ist die Haltung der sächsischen Regierung zur Sozialisierungsfrage in der Erklärung des Unterzeichneten vom 20. d. M. niedergelegt. Wir glauben, daß im Staatsausblick die richtige Stelle ist, in der sich die Regierungsbereitschaft der Einzelstaaten auch über die Sozialisierungsfrage aussprechen und gegebenenfalls Einwirkung auf die Reichsregierung ausüben können. Hiermit soll jedoch nicht erklärt sein, daß wir es durchaus ablehnen wollten, mit Vertretern des Zentralrats, sofern dieser nicht im Widerspruch zur bairischen Regierung handelt, besondere, aber unverbindliche Besprechungen abzuhalten. Bei der Bedeutung der Sozialisierungsfrage wollen wir keine beachtenswerte Gelegenheit zur Aussprache und zur Förderung der Angelegenheit auslassen. Maßgebend und verbindlich können aber nur Verhandlungen zwischen den Regierungen erachtet werden. Wir bitten, auch dem Zentralrat von dieser Mitteilung Kenntnis zu geben.“

Das ist das selbe Kartenspiel, das in Weimar getrieben wird. Man spricht von der Sozialisierung, hält unverbindliche Besprechungen ab und läßt im übrigen alles hübsch beim alten. Zum Glück kommt es nicht auf die Absichten des Herrn Stadtmann an. Die wirtschaftlichen Verhältnisse und ihre Entwicklung werden sich auch hier stärker erweisen als die Macht und der Wille des sächsischen Ministeriums.

## Zuschläge zur sächsischen Einkommensteuer.

Die Zuschläge zur Einkommensteuer in Sachsen, welche die Regierung in ihrem Programm ankündigte, sollen die großen Einkommen von über 100 000 M. treffen und nach oben gestaffelt sein. Sie erfassen die Einkommen von 100 000 M. mit 12 1/2 Prozent und erreichen den Höchstfuß von 35 Prozent bei Einkommen von 600 000 M.

## Weibliche Anwälte.

Die weiblichen Studierenden der Rechte an der Universität Leipzig bitten in einer Eingabe an die Volkstammer um die Zulassung zu den juristischen Staatsprüfungen und die Ausübung der juristischen Berufe. Es wird darauf hingewiesen, daß die Frauen bereits in Frankreich, in der Schweiz, Schweden, Dänemark, Island, Norwegen, den Vereinigten Staaten usw. zur Anwaltschaft zugelassen sind.

## Der wahre Zweck des Grenzschutzes.

Aus Pirna wird gemeldet: Am Montag wurde auf Veranlassung des Ministeriums für Militärwesen der hiesige Garnison-Gesamtratsrat ausgeschrieben, weil er in letzter Zeit den Anordnungen der Regierung über keine Folge geleistet hatte. Das Grenzschutzbataillon I rückte morgens hier ein und übernahm die vom Pirnaer U- und S-Bahnhof gestellten Wachen. Es traf dabei auf keine Schwierigkeiten. Eine Kompanie aktiver Unteroffiziere, die aus Dresden

eintraf, lob die hiesige Bahnhofsache auf und beschloß, die dort im hiesigen Volkshaus untergebracht werden. Auch an der Ebnitzer Straße sind Wachen aufgestellt. Major v. Krielen, Kommandant des Grenzschutzbataillons, ist von jetzt an Platzkommandant von Pirna. Die öffentliche Gewalt liegt von nun an in seinen Händen. Zeit weh man doch, was die alberne und verlogene Phrase über die „Gefahr, in der unser Vaterland schwebt“, und die die „Schonung“ des Lebens von Grenzschutztruppen fordert, wert ist. Die sogenannten Grenzschutztruppen sind weiter nichts als ein Mittel der Regierung, nicht um den äußeren Feind abzuwehren, sondern um nach altem Rezept den „inneren Feind“ in Schach zu halten.

## Aus der Umgebung Leipzigs.

**Wittau.** Per am Freitag, dem 21. März, erstmalig tauglich neuergewählte Schulvorstand betraute Herrn Gemeindevorstand Emmerich wieder mit dem ersten Vorsitz, die Wahl eines zweiten Vorsitzenden wird bis zur nächsten Sitzung verschoben. Dem Vorsitzenden wird ein Ratgeber angeordnet, daß sich der Schulvorstand künftig aus neun Personen zusammensetzt, und zwar aus sechs Gemeindevorstellern, zwei Gemeindevorstellern (auch Frauen) und einem Lehrvertreter. Die Schulgebühren werden schon vom 1. Januar an erlassen. Die Regelung der Lehrverhältnisse wird bis zur staatlichen Festsetzung der Beamten- und Lehrverhältnisse verziehen, vorläufig wird eine Abklausur auf diese Erhöhung von 300 M. angesetzt. Das Wohnungsgeld des Hilfslehrers wird von 200 M. auf 300 M. erhöht.

**Borsdorf, Brennholz.** Durch den Bezirksverband sind der Gemeinde 120 Raummeter feines Brennholz zugewiesen worden. Der Preis beträgt 25 M. für einen Meter. Diejenigen Familien, welche kein Brennmaterial haben, können sich auf dem Gemeindeamt melden.

**Sachsen-Lausitz.** Aus dem Schulvorstand. Der Schulvorstand beschloß die Anstellung des bisherigen Hilfslehrers Feulitz in Gelenau als dritten ständigen Lehrers für hiesige Schule. Als Oberricht soll eine weitere Lehrkraft für die Schule angeordnet werden. Es würden dann fünf Lehrer in acht Klassen unterrichten. Zur Anarbeitung eines neuen Lehrplans entsprechend den Bestimmungen des Kultusministeriums wurde eine Kommission, bestehend aus dem Herrn Gemeindevorstand Hämisch, Lehrer Wauß und dem Vorsitzenden Hebrich, eingesetzt. In der Fortbildungsschule sollen von Ostern an während des ganzen Jahres wöchentlich drei Stunden Unterricht gegeben werden. Auf Antrag beschloß man, den Meliorationsunterricht abzuschaffen. Ferner wurde ein Antrag angenommen, nach dem kein Lehrer zur Erteilung von Meliorationsunterricht angenommen werden darf. Der Haushaltsplan für 1919 ergibt folgenden Bild: Bedarf 20850 M., Einnahmehilfen 6800 M., so daß ein Reichtum von 39250 M. verbleibt, der je zur Hälfte durch die Gemeinden Sachsen und Lausitz aufzubringen ist.

**Janitz.** Arbeiterwahl. Morgen, Donnerstag, findet am hiesigen Orte die Wahl zum Arbeiterrat statt. Wahlzeit von 4 bis 7 Uhr.

## Briefkasten der Redaktion.

**Schedau Leipzig.** Anonyme Schreiben beachten wir nicht.  
**A. J. P. Lindenau.** 1. Spartakus leitete im alten Rom große Sklavenaufstände; er wollte also die Sklaven befreien. 2. Die Spartakusgruppe darf mit Anarchisten nicht auf eine Stufe gestellt werden. Die Spartakusanhänger sind — Sozialisten, die sich von uns nur dadurch unterscheiden, daß wir manche ihrer Kampfmittel zur Erreichung des Zieles ablehnen.  
**P. D. 128.** Die Ehegatten sind einander zur ehelichen Lebensgemeinschaft verpflichtet. Kommt es also nicht zur Ehescheidung und gelangt es Ihnen nicht, mit Ihrem Manne eine Vereinbarung zu treffen, so besteht für Sie die gemeinschaftliche Ehe, wenn Sie nicht auf den Unterhalt durch Ihren Mann verzichteten wollen. Kommt es zur Ehescheidung und werden Sie für schuldlos erklärt, so muß Ihr Mann Ihnen Unterhalt gewähren, wenn Sie ihn nicht durch Arbeit bestreiten können.  
**Freiwiliger, Osn.** Beschweren Sie sich darüber bei der Kreisoberhauptschaft.

**Sansjoui**  
 Morgen 6 Uhr  
 der beliebte **Donnerstag-Ball.**  
 Wiener Walzer- und Operellen-Tänze.  
 2 Kapellen, Streich- und Blasmusik.

**Felsenkeller**  
 Morgen Donnerstag, abends 7 Uhr  
**Größes illustriertes Ballfest**  
 mit dem **Pracht-Tanz-Idyllen-Paradies** und  
**Leipzigs bestem Ball-Orchester.**

**Maumann-Bräu**  
 Neumarkt — Kupfergasse  
 Musikaufführungen  
 Dirigent **Hugo Dähne**

**Albertgarten**  
 Mittwoch, den 20. März, von 7/8 Uhr an  
**Grosser Abschiedsball der 2. akt. Komp. 107.**  
 Gäste willkommen.

**Auf zum Tango-Salon?**  
 im **Neustädter**, Marktstr. 99  
 Herrliche Dekoration! Reinstes Tanzorchester.  
**Gasthof St. Thekla.**  
 Jeden Donnerstag und Sonntag  
 der feine **Ball.**

**Zahn-Praxis**  
**B. Bernsdorf**  
 Promenadenstrasse 11, I.  
 Fernsprecher 11 158.  
 Zahn u. Plomben z. bill. Frsn.  
 Gewissenh. persönliche, mögl.  
**schmerzlose Behandlung**  
 10—12, 3—7, Sonntag 10—12  
 Zahl Bestellungen v. 11 Uhr  
 schmerzlosen Zahnlebens  
 und Plombierens liegen vor.

**Gasthof Lützschena**  
 Jeden Donnerstag, von 6 Uhr an:  
**Oeffentlicher Ball**

**Union-Diele** im Bier- u. Weinhaus  
 Zornstr. 27. Heute 6/7  
**Neu eröffnet.**  
 Mittagstisch (auch im Abonnement) zu soliden Preisen  
 von 12—8 Uhr. — Abends Stamm.  
**Täglich großes Künstler-Konzert.**  
 Dir.: Kapellmeister **Artur Meißner.**  
 Im Bier-Restaurant die echten P. A. Ulrich'schen Biere.

**Schloß Lindenfels.**  
 Meine weiteren **Tanz-Kurse**  
 beginnen für Anfänger am 2. April, für Fortgeschrittene am  
 5. April. Anmeldungen erbitte jeden Dienstag, Mittwoch  
 und Freitag von 6 Uhr an (\*) **A. Kurze**, Tanzlehrer.

**Keine Wanze mehr** für  
 Mk. 2.—  
 nur mit Kammerjäger **Boig's Nihilodal I und II** zu erzielen.  
**Jetzt beste Zeit zur Brutvernichtung.**  
 Erfolg verblüffend, Kinderleicht anzuwenden. Ges. gesch.  
 Viele Dankschreiben.  
 Doppelpack. Mk. 2.—, Ausreichend für 1—3 Zimmer u. Betten.  
**Verkauft: Brog, Zander, Klosterstr. 11,  
 Brog, Zschöschke, Dautowstr. 18.  
 Bei Einsendg. v. Mk. 2.40, oder Postcheckkonto Berlin 31286  
 portofreie Zinsen nach anwärts durch  
**Herm. A. Grossel, Berlin, Königgrätzer Strasse 40.****

**Hannigson's**  
**Edelfluid** (in. gesch.)  
 allerwirksamstes Mittel geg.  
**Kopfläuse.** Flasche 1.50 M.  
 Engel-Apothek., Markt, Hof-  
 Apotheke, Hainstrasse, Max  
 Berger, Königspl., Carl Klese,  
 Sanitätsartikel, Hainstr. 17 19

**Bettnässen**  
**Abhilfe sofort**  
 Alter u. Geschlecht angegeben.  
 Ankauf umsonst  
**MERKUR-VERSAND**  
 München 62c, Neuherstr. 13

**Familien-Nachrichten**  
 Viel Glück und Segen zur **Silbernen Hochzeit**  
 wünschen Ihnen lieben Eltern  
**Heinrich Ockert und Frau**  
 Leutzsch, den 26. März 1919  
 Ihre dankbaren Kinder  
**Karl, Else, Liesel, Gretel, Fritz.**

Unserem lieben Parteilgenossen  
**Gustav Martin u. Frau**  
 die besten Glückwünsche zum 25-jährigen Ehe-  
**Jubiläum.**  
 Die Parteil-Funktionäre von L.-Volkmarzdorf.

Herrn von der Delmat mußte unser herzensguter  
 hoffnungsvoller Sohn und Bruder, der Fritz-Weobacht  
**Willi Austel**  
 in Würdan am 20. Januar 1919, weihen er sich, ohne  
 vorherigen Rat einholen zu können, anwerben ließ,  
 sein kühnes Leben lassen.  
 Dies schen in tiefstem Schmerz an  
**L. Kleinigshofer, Bahnhofsstr. 88, II,  
 Familie Otto Austel  
 Familie Drechsler.**

Am 28. März verschied unser langjähriger Vor-  
 sitzer, Herr  
**Adolf Scheithauer.**  
 Sein vorbildliches operierendes Wirken für unseren  
 Verband werden wir nicht vergessen.  
 Ehre seinem Andenken.  
**Verband der Gärtner und Gärtnerarbeiter.  
 Ortsverwaltung Leipzig.**  
 Gütlicherma Donnerstag, 27. März, vorm 7/11 Uhr

Pflicht und unerwartet erlöste der Tod am  
 21. März meine liebe unvergessliche Gattin, die  
 herzlich sorgende Mutter und Großmutter, Frau  
**Anna Hallwig**  
 geb. Wassermann  
 von ihrem mit großer Geduld und Ergebung ge-  
 tragenem Leiden im Alter von 52 Jahren.  
 Wir verliern in ihr nicht nur eine Liebende  
 aufopferungsbereite Frau und Mutter, sie war  
 mir auch ein treuer alter Kamerad und hies  
 bei ihr die besten auf meine mit sehr schmerz-  
 lichen  
 Ich werde mit Liebe und Herzogüte,  
 die Rede, die ich was die Kam 1 e  
 Auf Wunsch der lieben Verwandten geben wir  
 dieses hiermit nach möglichster Einräumung bekannt.  
 Beileidbegleitungen dankend abgelehnt.  
 In tieferem Gedenke  
**Berthold Hallwig und Hinterbliebene.**



Wasserkocher, elektr. u. gasel. ...  
Küchengeräte, elektr. u. gasel. ...  
Wasserkocher, elektr. u. gasel. ...

3 weiße Stockklassenbzg. ...  
Wasserkocher, elektr. u. gasel. ...  
Wasserkocher, elektr. u. gasel. ...

Herren- u. Damenrad ...  
Kerr- u. Dam.-Rad ...  
Kerr- u. Dam.-Rad ...

Biedermeier-Kostüme ...  
Kaufe Fahrräder ...  
Kaufe Fahrräder ...

Piano zu verkaufen ...  
Schallplatten ...  
Schallplatten ...

Kriegsanleihe ...  
Nationalregistrierkasse ...  
Reichstelephon gesucht ...

Schöne moderne Küchen ...  
Laden-Regal zu verkaufen ...  
Laden-Regal zu verkaufen ...

Regulator ...  
Wasserkocher, elektr. u. gasel. ...  
Wasserkocher, elektr. u. gasel. ...

Handwagen ...  
Brennholz ...  
Brennholz ...

Möbel ...  
Möbel ...  
Möbel ...

Gebr. Fahrräder ...  
Fahrräder ...  
Fahrräder ...

Darlehen ...  
Darlehen ...  
Darlehen ...

Wasserkocher, elektr. u. gasel. ...  
Wasserkocher, elektr. u. gasel. ...  
Wasserkocher, elektr. u. gasel. ...

Carbidlampen ...  
Carbidlampen ...  
Carbidlampen ...

Brennholz ...  
Brennholz ...  
Brennholz ...

Möbel ...  
Möbel ...  
Möbel ...

Gebr. Möbel ...  
Gebr. Möbel ...  
Gebr. Möbel ...

Kartoffel- und Gemüseland ...  
Kartoffel- und Gemüseland ...  
Kartoffel- und Gemüseland ...

Schreibsekretär ...  
Schreibsekretär ...  
Schreibsekretär ...

Brückenwege ...  
Brückenwege ...  
Brückenwege ...

Glasscheiben ...  
Glasscheiben ...  
Glasscheiben ...

Gebr. Möbel ...  
Gebr. Möbel ...  
Gebr. Möbel ...

Frauenhaar ...  
Frauenhaar ...  
Frauenhaar ...

Wohnungen ...  
Wohnungen ...  
Wohnungen ...

Gelegenheitskauf! ...  
Gelegenheitskauf! ...  
Gelegenheitskauf! ...

Brückenwege ...  
Brückenwege ...  
Brückenwege ...

Glasscheiben ...  
Glasscheiben ...  
Glasscheiben ...

Gebr. Möbel ...  
Gebr. Möbel ...  
Gebr. Möbel ...

Frauenhaar ...  
Frauenhaar ...  
Frauenhaar ...

Wohnungen ...  
Wohnungen ...  
Wohnungen ...